

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 12.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 25. März 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1338. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Reichstagsrede des Kollegen Schiffer über die Förderung textilindustrieller Interessen.

Bei der Beratung des „Etats für das Reichsamt des Innern“ im Reichstage stand eine Resolution unseres Zentralvorstehenden, Kollegen Schiffer, und Vertreter mehrerer bürgerlicher Parteien (die sozialdemokratische Partei stand bei dieser Frage, die das Wohl und Wehe Hunderttausender von Arbeitern berührt, selbstverständlich wieder abseits) zur Beratung, die sich im letzten Teile deckt mit der Resolution, die von unserer Verbandsleitung im Auftrage der Generalversammlung in Aachen vergangenen Jahres an den Reichstag und Bundesrat geschickt worden ist. Die im Reichstage zur Beratung stehende Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Schiffer. Ling. Dr. Wagner (Sachsen). Dr. Stresemann. Gieshoff. Behrens. Brandys. Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, im Interesse der heimischen Textilindustrie

1. nach Anhörung der beteiligten gewerblichen Verbände die Errichtung einer Zentralstelle zur Hebung und Förderung der heimischen Textilindustrie, insbesondere auch zur Prüfung der von dieser verwendeten und erzeugten Rohstoffe, Halbfabrikate und Waren in Aussicht zu nehmen,
2. die zur Hebung der Produktion von Textilstoffen (Schafwolle, Baumwolle, Jute und Hanf) in den deutschen Schutzgebieten geeigneten Maßnahmen zu treffen.“

Kollege Schiffer zur Begründung:

„Meine Herren, gestatten Sie mir eine kurze Begründung der interfraktionellen Resolution auf Nr. 841 der Drucksachen. Wenn ich dabei mit ein wenig Erfolg um die freundliche Aufmerksamkeit des Herrn Staatssekretärs bitten dürfte, so wäre ich sehr dankbar.“

Es handelt sich bei dieser Resolution um eine kleine Aktion zu Gunsten der Textilindustrie,

die eine weit höhere volkswirtschaftliche Bedeutung hat, als in manchen Kreisen angenommen werden dürfte. Die deutsche Textilindustrie ist die drittgrößte der Welt, sie beschäftigt in mehr als 130000 kleinen, mittleren und großen Betrieben rund 1100000 Personen mit 1/2 Milliarden Mark an Löhnen, sodas — mit den Familienangehörigen zusammen — etwa 3 1/2 Millionen Menschen direkt von ihr abhängig sind.

Der Bruttowert der Jahresproduktion der deutschen Textilindustrie kann natürlich nur geschätzt werden, aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß er auf 5 bis 6 Milliarden geschätzt werden darf. Unsere heimische Textilindustrie ist am Außenhandel in ganz hervorragender Weise beteiligt. 1909 betrug die Einfuhr 11669000 Tonnen mit einem Wert von annähernd 2 Milliarden M. Die Ausfuhr belief sich auf 3186700 Tonnen mit einem Wert von 1141 Millionen Mark. Erfreulicherweise hat sich auch die Ausfuhr im vorigen Jahre gegenüber 1909 gesteigert. In den ersten zehn Monaten 1910 ist der Außenhandel unserer Textilindustrie gegenüber der gleichen Zeit von 1909 um 11 1/2 % gestiegen. Alles in allem steht fest, daß die deutsche Textilindustrie am gesamten deutschen Außenhandel mit rund 20 % beteiligt ist.

Trotz dieser an und für sich anscheinend nicht günstigen Zahlen klagt diese Industrie gerade in ihren Hauptzweigen namentlich in den letzten Jahren über einen empfindlichen Notstand. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um innere Gegensätze, um Differenzen zwischen den einzelnen Branchen; es handelt sich ferner um Knappheit der Rohstoffe, Erziehung der Bezugsbedingungen, hohe Preise usw. Es muß zugegeben werden, daß infolge dieser Mängel besonders die mittleren und kleinen Betriebe in den letzten Jahren vielfach mit nur einem recht bescheidenen Nutzen, teilweise sogar mit Schaden produziert haben. Darunter leiden alle Beteiligten, besonders aber auch die Arbeiter. Für die Zukunft eröffnen sich nach dem übereinstimmenden Urteil wohl aller Fachleute geradezu traurige, man kann fast sagen, trostlose Aussichten, wenn nicht bald energischer als bisher und erfolgreich eingegriffen wird, namentlich auch hinsichtlich des Bezuges von Rohstoffen.

Meine Herren, wenn es sich aber bei der Resolution nur einzig und allein um die Interessen der Textilindustrie als solcher handelte, könnte man vielleicht mit einem gewissen Recht von Einseitigkeit reden. Es liegt

dazu aber keinerlei Veranlassung vor, denn mit dem Wohl und Wehe unserer heimischen Textilindustrie sind höchstbedeutende, geradezu vitale volkswirtschaftliche Interessen des Handels und auch der Gesamtheit der konsumierenden Bevölkerung auf das engste verknüpft. (Sehr richtig! in der Mitte.) Die Bekleidungsfrage gehört eben mit zur Existenzfrage. Endlich stehen aber auch nicht gering einzuschätzende Interessen des Reichs auf dem Spiel, wie ich noch nachzuweisen versuchen werde. Die Verhältnisse liegen so, daß nicht nur die direkten Interessenten, sondern auch Nationalökonomie mit Recht Veranlassung nehmen, sich mit der Materie zu beschäftigen und nach Mitteln zur Förderung der Textilindustrie und damit auch wichtiger volkswirtschaftlicher Interessen zu suchen.

Meine Herren, die Antragsteller sind sich nun aber durchaus darüber klar, daß selbst die beste Realisierung der in der Resolution niedergelegten Gedanken kein Allheilmittel darstellen wird, immerhin aber soll durch die Resolution auf die bestehenden trübenden Verhältnisse hingewiesen und es sollen einige, wenn man sie so nennen will, Palliativmittel angegeben werden. Im ersten Teil der Resolution wollen wir die verbündeten Regierungen ersuchen:

im Interesse der heimischen Textilindustrie

1. nach Anhörung der beteiligten gewerblichen Verbände die Errichtung einer Zentralstelle zur Hebung und Förderung der heimischen Textilindustrie, insbesondere auch zur Prüfung der von dieser verwendeten und erzeugten Rohstoffe, Halbfabrikate und Waren in Aussicht zu nehmen.

Es handelt sich also dabei um eine

Reichszentralprüfungs-, Versuchs- und Förderungsstelle für die Textilindustrie.

Daß eine solche Institution sowohl im Interesse der gesamten vollen Industrie als auch des ganzen Handels und des Publikums liegt, ergibt sich vor allem aus den Aufgaben, die durch die neue Zentralstelle zu lösen sein würden. Zunächst ist ja daran gedacht, der Zentralstelle in wichtigeren Streitfällen die Prüfung der Qualität von Rohmaterialien, Halbfabrikaten und Waren der Textilindustrie zu überweisen. Dabei denke ich besonders an Gespinste und Waren aus Wolle, Halbwole, Baumwolle, echter und künstlicher Seide usw. Wer die praktischen Verhältnisse kennt, weiß, daß hier sehr oft und auch in wichtigen Fällen die Quelle von Differenzen und Prozessen zu finden ist zwischen Spinnereien und Webereien, zwischen Webereien und Großspinnern, zwischen Großspinnern und Detailspinnern, zwischen Detailspinnern und Publikum.

Nur einige Beispiele: Bekanntlich wird heute alle Seide beschwert oder erschwert, wie man das nennt, in den Handel gebracht. Die Seidenerschwerung aber ist in den meisten Fällen für das Material so ungünstig, daß nach der Berechnung eines Fachmannes dadurch jährlich allein rund 120 Millionen M. verloren gehen. (Hört! Hört!) Ob diese Zahl genau so zutrifft, kann ja dahingestellt bleiben, sie mußte natürlich geschätzt werden, aber sie soll eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein. Ähnlich liegt die Sache hinsichtlich der Färberei. Echte Farben sind sehr teuer, unechtgefärbte Materialien, Garne und Waren aber sind entfernt nicht so dauerhaft als unechtgefärbte oder echtgefärbte. Seit mehreren Jahren ist in der Wollfärberei ein neues Verfahren eingeführt, welches für die betreffenden Farbenfabriken und auch für einige andere Interessenten sehr vorteilhaft sein mag, das aber die Tragfähigkeit der Wollwaren um ein Drittel, nach dem Urteil einzelner sogar um fast die Hälfte reduziert. Nach den Berechnungen meines fachmännischen Gewährsmannes werden in Deutschland jährlich für rund 1600 Millionen M. Wollwaren, davon für 1400 Millionen M. gefärbte Wollwaren getragen, bezw. aufgebraucht, und davon ist mindestens der Betrag von 250 Millionen M. auf das Verlustkonto infolge der Färberei und des Färbereiverfahrens zu setzen. Jeder Laie macht ja selbst am eigenen Leibe — das Wort trifft hier buchstäblich zu — böse Erfahrungen. Wie aber durch das Gesetz gegen die Verfälschung von Nahrungsmitteln vorgegangen ist, so müßte auch etwas geschehen, um für einen so wichtigen und unentbehrlichen Konsum-

artikel, wie die Kleidung es ist, Schutz zu schaffen. In bezug auf die Aufgaben eines reichszentralen Materialprüfungsamtes für die Textilindustrie schreibt ein hervorragender Fachmann auf diesem Gebiete folgendes:

„Dem mitten in der Industrie stehenden Beobachter fällt es täglich auf, wie wenig eigentlich jedes Gebiet wissenschaftlich durchgearbeitet ist, wie sehr der Techniker eigentlich noch von empirisch gefundenen Tatsachen abhängig ist, in die er nicht regulierend eingreifen kann. Da sind Fragen der Bleicherei, des Bleichverlustes verschiedener Baumwollen und Wollen, der Festigkeits- und Dehnbarkeitsverluste der Baumwollen, der Wollen, der Seiden und des Flachses; der verschiedenen Bleichverfahren und der Vorzüge und Nachteile untereinander; da sind Fragen der Wäscherei, der Wirkungsart der verschiedenen Waschlösungen, Seifen, Peroxyde usw.; da sind vor allen Dingen Fragen der Färberei selbst, der Wirkung der verschiedensten Weizen auf die verschiedenen Fasern; der Rolle, die dabei verschiedene Gruppen und Gruppenkomplexe, Oxydationsstufen spielen; der Wirkung der Farbstoffe, vor allem der Echtheit der Farbstoffe, der zu stellenden Ansprüche an die Färbungen aller Art; die Art und Weise der Echtheitsprüfungen usw. Alle derartigen Fragen sollten doch mit der Zeit systematisch gelöst werden, sie sollten von den Vereinigungen der Fabrikanten an die Prüfungsanstalt zur Lösung übermacht werden. Man soll nicht warten, bis durch Zufall die eine oder andere Frage durch jemanden angefaßt und bearbeitet wird, sei es durch eigene Anregung oder durch eine Preisaufgabe einer industriellen Gesellschaft.“

Der Standpunkt der Industrie und des Handels.

Meine Herren! Für die Anregungen, die in der Resolution gegeben sind, haben sich auch recht viele Interessenten aus den Kreisen der beteiligten Industrie und des Handels ausgesprochen. Es ist die Gelegenheit ja auch eingehend in der Presse erörtert worden, und es ist bekannt, daß unser Kollege Müller (Sulda) sich durch ein Rundschreiben an zahlreiche Interessenten gewandt und viele zustimmende Antworten erhalten hat. (Widerspruch des Abgeordneten Ling.) Doch, jedenfalls hat er sehr zahlreiche, zustimmende Antworten aus diesen Kreisen bekommen, ich habe selbst diese Briefe gesehen. Ich will, weil ein Teil dieser Antworten in der Presse erörtert worden ist, hier nicht weiter darauf eingehen; aber einige weitere Stimmen will ich doch hervorheben: „Der Manufakturist“, dieses in Fabrikanten- und Großhändlerkreisen angesehenes Blatt, schreibt vor einigen Wochen darüber folgendes:

„Die Schaffung eines Zentralmaterialprüfungsamtes ist so wichtig, daß nicht nur die Industrie, sondern der gesamte Textilwarenhandel daran das größte Interesse hat. Sehr oft gehen uns aus unserem beschränkten Ansehen zu nach einer Stelle, wo Textilwaren auf Qualität, Fadenstärke und -zahl, Feuchtigkeitsgehalt, Festigkeit, Haltbarkeit, Feinheit, Stapellänge, Garannummer und andere Eigenschaften nachgeprüft werden, und da, in solchen Fällen die Auskunft oft die Basis von Rechtsstreitigkeiten bildet, ist es notwendig, daß die Prüfungsstelle einen amtlichen Charakter hat.“

Der „Manufakturist“ hat, nachdem diese Angelegenheit schon durch mehrere Zeitungen erörtert war, selbst eine Rundfrage veranstaltet. Die Antworten, die diese Zeitschrift erhielt, sind zum Teil recht interessant. Es schreibt z. B. eine große Wollwarenfabrik aus Oera:

„Wir stehen der Einrichtung eines amtlichen Materialprüfungsamtes sympathisch gegenüber. Im Falle von Streitigkeiten zwischen Fabrikanten und Abnehmern wird sich jedenfalls eine unparteiische Stelle dieser Art sehr gut bewähren und sich zweifellos als nützlich erweisen. Wir sind schon oft in der Lage gewesen, nicht Textilstoffe, aber Garne auf Feinheit, Haltbarkeit usw. untersuchen lassen zu müssen, was bisher seitens der vereinigten Konditionieranstalten geschehen ist. Wir glauben, daß die Schaffung einer amtlichen Prüfungsstelle von allen Seiten angenehm empfunden würde. Die amtliche Prüfungsstelle für Textilstoffe müßte bei eventuellen Streitigkeiten ihr unparteiisches Urteil abgeben, welches sich nicht nur auf Garne, sondern auch auf Waren bezieht, ob dieselben musterkonform in Garn, Qualität der Ware, Dessin, Haltbarkeit usw. geliefert ist.“

Eine Weberei schreibt:

„Süßiger kommen wir in die Lage, sowohl Garne wie auch fertige Stoffe untersuchen lassen zu müssen; wir haben bisher große Schwierigkeiten gehabt, solche Untersuchungen richtig und objektiv zu erhalten, und in manchen Fällen war uns dieses überhaupt nicht möglich. In der Seidenbranche sind ja öffentliche Konditionieranstalten vorhanden, unjere-

Wissens wird auch jetzt eine solche für Baumwollwaren er-
richtet, dagegen existiert eine solche für Seiden und fertige
Waren überhaupt nicht. Die Schaffung eines Material-
prüfungsamts ist also eine dringende Notwendig-
keit. Eine staatliche Zentralmaterialuntersuchungsstelle ist
auch erwünscht, um über alle in der Textilbranche vor-
kommenden Fälle, die sich auf die Einfuhr und Ausfuhr
beziehen, sachgemäße Angaben erhalten zu können und über-
haupt eine Förderung der gesamten Textilindustrie hinsichtlich
der Ausfuhr nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auch für
weitere Ausdehnung zu sorgen.

An einer anderen Stelle heißt es in diesem Gutachten:

Sie erweisen der gesamten Textilindustrie einen großen
Dienst, wenn Sie die betreffenden Reichstagsabgeordneten
eingehend informieren und dadurch die Bewilligung eines
solchen Prüfungsamts mit herbeigeführt wird.

Weiter liegt im „Manufakturist“ eine Aeußerung von
einem Großhändler aus Frankfurt vor, der u. a. schreibt:

Ich meine damit hauptsächlich, daß durch die Zentrale
eine große Anzahl von Prozessen von vornherein vermieden
oder abgekürzt wird, indem bei Erstellung eines Auftrages
sowohl der Fabrikant als auch der Abnehmer sich dieser
Zentralstelle unterwirft und ein Gutachten der Prüfungsstelle
als ausschlaggebende Behörde von beiden Seiten anerkannt
wird. Ich betrachte das Aufrollen dieser Frage
als ein großes Verdienst Ihrer geschätzten Zeitung,
und ich bin, wie Ihnen bereits mitgeteilt, gern bereit,
bei der guten Sache in jeder Weise mitzuarbeiten.

Meine Herren, ich könnte noch mehr solcher Stimmen
vorlesen, ich will es aber unterlassen. Ich meine aber,
diese Stimmen aus hervorragenden sachmännischen und
Industriekreisen erscheinen genügend, um das Be-
dürfnis nach einer Zentralprüfungsanstalt darzutun.
(Sehr richtig! in der Mitte.)

Das Reich ist interessiert!

Ich meine auch, das Reich als solches könnte nicht
geringen Nutzen von einer derartigen eigenen Anstalt
haben. Das Reichsprüfungsamt, wie ich es in diesem
Falle nennen will, könnte eine beratende bezw. begut-
achtende Tätigkeit für die Bekleidungsämter des
Heeres und der Marine ausüben, eine beratende und
entscheidende Tätigkeit für die Zollämter, bei denen
oft die größten Schwierigkeiten vorhanden sind, die
größten Unklarheiten entstehen. (Sehr richtig! in der
Mitte.) Es könnte Arbeiten experimenteller Natur aus-
führen, z. B. für das Patentamt. Hier könnte gleich-
zeitig dem vielbesagten Mißstand der Gutachten durch be-
liebige private Sachverständige entgegen gearbeitet werden.
— Ich will das alles nur andeutungsweise anführen.

Bestehende Anstalten.

Aber vielleicht wird der Herr Staatssekretär oder
sein Vertreter in einer Erwiderung, die hoffentlich erfolgt,
hinweisen auf die gewiß zahlreichen einzelstaatlichen
Anstalten, die beispielsweise in Kientingen, in Stutt-
gart, Nürnberg, Dresden, Mühlhausen i. C. und bei den
preussischen Textilfachschulen vorhanden sind. Meine
Herren, es würde meines Erachtens durchaus
nichts schaden, wenn das Reichsamt des Innern heute
oder bei einer anderen Gelegenheit eine Reihe weiterer
Prüfungsämter namhaft machen könnte, die selbst in
Fachkreisen so gut wie unbekannt sind und sozusagen unter
Ausschluss der Öffentlichkeit vegetieren. (Sehr richtig!
in der Mitte.)

Weiter möchte ich nur auf das Königlich-
preussische Materialprüfungsamt in Groß-
Lichterfelde verweisen. Meine Herren, bei diesem
Materialprüfungsamt gibt es seit 1905 auch eine „Papier-
und Textilabteilung“. Beide Abteilungen sind also
miteinander verbunden. Das große Materialprüfungsamt ist
nach den mit gewordenen Mitteilungen im Jahre 1903
mit einem Kostenaufwand von 3 Millionen Mark er-
richtet worden. Das ganze Gebäude hat 401 Räume,
und davon hat die Textilabteilung ein einziges
einstufiges Zimmer zur Verfügung. (Hört!
hört! in der Mitte.) Einige für die Textilabteilung
beschäftigte Beamten sind allerdings mit Beamten anderer
Abteilungen zusammen in anderen Räumen untergebracht,
und einige Textilmaschinen haben ihren Platz in Keller-
räumen. Wenn man aber bedenkt, daß die Aufgaben
und Arbeiten dieser Textilabteilung im Materialprüfungs-
amt in Groß-Lichterfelde sich fortwährend häufen, daß
sie sich in den letzten zwei Jahren, wie ich von
zuverlässiger Seite gehört habe, verdreifacht haben,
dann muß man zu dem Schluß kommen, daß auch diese
preussische Einrichtung absolut ungenügend ist.

Eine Reichszentrale ist erforderlich!

Wir sind aber auch durchaus nicht dafür, daß etwa
die bestehenden einzelstaatlichen Prüfungsanstalten auf-
gehoben würden; im Gegenteil, sie mögen ruhig er-
halten und sogar weiter ausgebaut werden, und ich
möchte auch hinzufügen, daß die Besorgnis, die von seinen
einzelnen Konditionieranstalten gehegt worden ist,
als ob hier ein neues großes, von Reich wegen unter-
stütztes Konkurrenzinstitut errichtet werden solle, voll-
kommen unbegründet ist.

Aber außer den staatlichen kleinen Anstalten, die be-
stehen, brauchen wir in der Tat eine Reichszentral-
stelle für die Förderung der Interessen der
Textilindustrie. Es geht auf die Dauer wirklich
nicht an, daß hier immer von Seiten der Reichsrepräsentation
bezw. von Seiten der verschiedenen Regierungen gesagt
wird: das alles ist Aufgabe der Einzelstaaten, damit
kann sich das Reich nicht befassen. Meine Herren, wir
haben keine preussische oder bayerische, keine
sächsische, badische, württembergische oder
elsässische Textilindustrie, sondern Deutschland ist
ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Das müssen
wir uns doch immer wieder zu Gemüte führen, und
man redet — besonders im Auslande — nur von einer
deutschen Textilindustrie. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Zweitens, meine Herren, die Reichszentrale würde
gegenüber den einzelstaatlichen Instanzen eine ganze

Reihe von Vorzügen haben. Zunächst würde sie an
Bedeutung und Ansehen alle kleineren Institutionen
ähnlicher Art ganz erheblich überragen. Eine Reichs-
zentralstelle würde ganz zweifellos das Vertrauen
zur Reelität der deutschen Textilindustrie in erfreu-
licher Weise steigern. Unsere Industrie hat doch das
größte Interesse an einem guten Ruf. Den hat unsere
heimische Textilindustrie im allgemeinen auch, aber die
namhaften Firmen und Interessenten, die sich für die
Errichtung einer Reichszentralstelle ausgesprochen haben,
leisten dadurch eine gewisse Bürgschaft für zwei Tat-
sachen; erstens: daß die bestehenden Einrichtungen ganz
und gar nicht genügen, und zweitens: daß die ge-
samte reelle Farbstoff- und Textilindustrie sowie der
Handel die angeregte Neuerung nur freudig be-
grüßen können. Die bestehenden kleinen Anstalten
haben wenig oder gar keine Autorität im Inlande,
zweifellos aber noch weniger dem Auslande gegenüber.
Weiter würde eine Reichszentralstelle auch die gute
Wirkung haben, daß sich auf dem in Betracht kommenden
Gebiete einheitliche, feste Grundzüge einbürgern.
Die Reichszentralstelle würde namentlich in bezug auf die
Materialprüfungen Normarien aufstellen für Roh-
materialien, Garn- und Fertigfabrikate in bezug auf
Güte, Unverfälschtheit, Haltbarkeit, Tragbarkeit, Echtheit
in der Färbung usw. Sie würde aber auch Versuche
und Forschungen auf den verschiedensten einschlägigen
Gebieten der Textil- und der Textilveredelungs-
industrie zum Vorteil vieler einzelner Branchen an-
stellen können.

(Schluß folgt.)

Die deutsche Handelspolitik im
19. Jahrhundert.

II.

Deutschland war um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch
überwiegend Agrarstaat, d. h. der größere Teil der
deutschen Bevölkerung lebte noch von der Landwirtschaft.
Diese Landwirtschaft aber produzierte wesentlich mehr,
als man im Inland an Nahrungsmitteln brauchte; der
Ueberschuß mußte also ausgeführt werden. Die Land-
wirtschaft war damals zu einem erheblichen Teile auf
die Ausfuhr angewiesen, hatte darum kein Inter-
esse an Schutzzöllen, sondern war freihändlerisch gesinnt,
während ein nicht unerheblicher Teil der Industrie aufs
lebhafte die den Schutz zoll anstrebte.

So kam es, daß zu Anfang der sechziger Jahre ein
Umschwung in der Handelspolitik eintrat, eine Abkehr
vom Schutzsystem zum Freihandel sich vollzog. Den
wichtigsten Schritt bedeutete dabei das Handelsabkommen,
das Bismarck mit Frankreich schloß. Die widerstrebenden
süddeutschen Staaten wurden zur Anerkennung des Ver-
trages gezwungen, indem ihnen die Wahl zwischen einer
Zusage oder dem Austritt aus dem Zollverein gelassen
wurde. Da zeigte sich, wie wichtig und notwendig die
Zolleinigung geworden war: die Zollvereinsstaaten gaben
lieber ihre Zustimmung zum Handelsvertrag. Zwar
waren damit noch nicht alle Zölle aufgehoben. Im ganzen
betrachtet, war jedoch die deutsche Handelspolitik von
freihändlerischem Geiste erfüllt. Das folgende Jahrzehnt
der siebziger Jahre sollte dann den Höhepunkt der
Freihandelsrichtung suchen. Der siegreiche Krieg
Deutschlands mit Frankreich hatte ein einheitliches Deutsches
Reich gebracht. Dieses war nun der natürliche Erbe des
alten Zollvereins, d. h. die Regelung handelspolitischer
Frage wurde zu einer speziellen Aufgabe des Reiches.

Und nun kam alsbald der vollkommene Sieg des
Freihandels. Das hing mit der Zeitströmung zu-
sammen. Die Freude und der Stolz über den Sieg hatte
eine gewaltige Steigerung des Nationalgefühls zur Folge.
Ein trautes Selbstbewußtsein durchdrang das ganze
deutsche Volk. Das konnte nicht ohne Rückwirkung auf
das Wirtschaftsleben bleiben. Wenn schon weit weniger
tiefergehende politische Fragen sich im Gang des Wir-
tschaftslebens widerspiegeln, so mußte um so mehr ein
so starkes Emporgehen des nationalen Hochgefühls
ein kraftvolles Anstößen des Wirtschaftslebens zur Folge
haben. Diese Entwicklung wurde noch begünstigt durch
den Willkürbesieg der französischen Kriegesentschädigung.
So kam es, daß ein rasches Ansteigen der Produktion
um jene Zeit erfolgte. Es entsprach ganz dem wirtschaft-
lichen Kraftgefühl der damaligen Zeit, daß man die
nationalen Erwerbszweige für so leistungsfähig hielt,
daß sie keinerlei Schutz gegen Auslandswaren bedürften.
Es war es eine folgerichtige Forderung, eine Forderung,
die dem überpompanten Selbstbewußtsein entsprach, als
man die Beseitigung des letzten Restes des Schutzzolls
verlangte. Diesem Verlangen wurde entsprochen durch
Abkündigung des Eisenzolls 1873.

Dieser vollständige Sieg des Freihandels sollte aber
nicht lange währen. Das gleiche Jahr (1873) hatte eine
große Wirtschaftskrise gebracht, die, von der Wiener
Börse ausgehend, bald nach Deutschland übersprang und
sich dann fortplante fast über die ganze Welt. Bis
nach Amerika, ja bis nach Australien schlug die Krise
ihre Wellen und führte auch dort zu einem gewaltigen
Druck und zu langanhaltender Geschäftsstagnation. Bis
gegen Ende der siebziger Jahre dauerten die verheeren-
den Folgen der Krise fort. Die Industrie kam sehr ins
Gedränge, sie begann nach Schutzzöllen zu rufen. Aber
auch in der Landwirtschaft, die bis dahin die Haupt-
vertreterin des Freihandelsgedankens gewesen war, trat
jetzt ein völliger Umschwung der Handelspolitik
ein. Das hing ebenfalls mit der Wirtschaftskrise zu-
sammen. Und zwar auf folgende Weise:

In Amerika war der Wirtschaftsdruck von besonderer
Kraft angetreten. Dort waren Hunderttausende von
Arbeitslosen beim Erwerblosbleiben, der mit besonderem Nach-
druck betrieben worden war, beschäftigt. Dergleichen in

den zahlreichen neu entstandenen Fabriken. Als der
Druck kam, wurden sie arbeitslos. In die Heimat konnten
sie nicht zurück, weil dort ebenfalls eine allgemeine Krise
herrschte. Die vielen Tausende verlangten aber nach
Brot für sich und ihre Familien. Nun waren im Innern
von Amerika noch unermessliche Strecken äußerst frucht-
baren Landes vollkommen unkultiviert. Das Land war
um eine Kleinigkeit zu haben. So ergoß sich eine ge-
waltige Menschenwelle dorthin. Überall entstanden
Farmen. Bald wogten weite Weizenfelder mit reicher
Frucht. Die Farmer konnten natürlich nur einen kleinen
Teil der Ernten selbst verbrauchen und gaben zu billigen
Preisen den Weizen her. Die Fluß- und Seefracht war
sehr billig, und so strömten alsbald große Getreidemengen
herüber nach dem alten Europa und brachten die Preise.
Nun kam für die deutsche Landwirtschaft die Zeit der
Auslandskonkurrenz auf dem Getreidemarkte. Die Ein-
fuhr wurde größer als die Ausfuhr. Die Getreidepreise
sanken. Viele Landwirte wurden bankrott. Die deutsche
Landwirtschaft erhob nun den gleichen Ruf wie die
Industrie, sie verlangte Schutzmaßnahmen. Im Jahre
1879 erfolgte der Umschwung. Deutschland ging zum
Schutzoll über. Zunächst waren die Zölle mäßig, in
den Folgejahren wurden sie erhöht, der Roggen- und
Weizen Zoll 1885 auf 3 M., 1887 auf 5 M. pro Doppel-
zentner.

Zu gleicher Zeit hatten auch andere Staaten Zoll-
erhöhungen durchgeführt. Es konnte darum nicht aus-
bleiben, daß die Zollpolitik der verschiedenen Länder für
einzelne Erwerbszweige mancherlei Nachteile mit sich
brachte. So kam es verschiedentlich zu Zollkämpfen
zwischen Deutschland und einzelnen anderen
Staaten; besonders von Seiten Russlands, Oesterreichs
und Nordamerikas wurden die Getreidezölle Deutschlands
sehr unangenehm empfunden. Die genannten Länder
antworteten auf die deutsche Politik mit Erhöhung ihrer
Industriezölle. So traten in Rußland fast in jedem
Jahre Verschärfungen der Zollsätze ein, durch welche der
deutsche Industrieexport nachteilig berührt wurde. Welt-
schwieriger aber wurde die Lage, als im Oktober 1890
in Amerika durch den sog. Mac-Kinley-Zoll die Einfuhr
der deutschen, englischen, österreichischen und französischen
Fabrikwaren erheblich erschwert wurde. Eine Reihe
von Industrien klagten über diese Erhöhung der Zoll-
sätze und über die Beschränkungen durch die amerikanische
Zollbehörde. Dadurch wurden die zollpolitischen Fragen
wieder hochaktuell. Dazu kam ein Geschäftsrückgang,
dem sich im Jahre 1891 eine sehr schlechte Ernte an-
schloß. Durch diese schlechte Ernte gingen die Lebens-
mittelpreise ganz erheblich in die Höhe. Es erlangten
deshalb jene Stimmen wieder mehr Aufmerksamkeit,
welche eine Herabsetzung der Zollsätze forderten. Zu
gleicher Zeit wurden von einer Reihe von Staaten die
mit Deutschland abgeschlossenen Handelsverträge gekündigt.

Durch alle diese Tatsachen veranlaßt, ging der neue
Reichskanzler Caprivi daran, in den Handelsverträgen
die Zollsätze zu erniedrigen. Für die Hauptgetreide-
arten wurden die Sätze von 5 M. auf 3,50 M. für den
Doppelzentner herabgesetzt. Eine Reihe von Handels-
verträgen wurde nun abgeschlossen. Bald jedoch beklagte
sich die Landwirtschaft. Infolge einer guten Ernte im
Jahre 1892 waren die Getreidepreise sehr stark gefallen.
Auch hatten sich die Viehpreise gewaltig vermehrt. Die
Zahl der versuchten Bestände stieg von 400 000 des
Jahres 1891 auf 1 1/2 Millionen im Folgejahr. Da um
eben diese Zeit eine große Futtermittelnot die Landwirtschaft
heimsuchte, das Vieh vielfach zu Schleuderpreisen
verkauft werden mußte, wuchs die Notlage der Land-
wirtschaft noch mehr. Das war die Zeit, in welcher
der Bund der Landwirte gegründet wurde. Mit Macht
wurde nunmehr wieder ein erhöhter Zollschutz gefordert.
Es ist noch in aller Erinnerung, welcher lebhaften Kampf
dann zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Zollfrage
auslöste. Den Forderungen nach höherem Zollschutz wurde
Rechnung getragen.

Unmittelbar nach dem Abschluß der Caprivischen
Handelsverträge aber begann sich das deutsche Wirtschafts-
leben in einer Weise zu heben, daß selbst die kühnsten
Erwartungen übertroffen wurden. Eine Krise von 1900
griff bei weitem nicht mehr so tief in das Wirtschafts-
leben ein, wie jene der siebziger Jahre. Seit 1903 be-
gann das Wirtschaftsleben nun wieder flott voranzu-
schreiten, bis die amerikanische Krise von 1907 ihre
Nachwirkungen auch in Deutschland fühlen ließ, ohne
jedoch das so schnell emporgestiegene deutsche Wirtschafts-
leben in ernstlicher Weise gefährden zu können.

Aus den Textilberufsgenossenschafts-
berichten vom Jahre 1909.

III.

Rheinisch-Westfälische Textil-Berufsgenossenschaft.

Entgegen den bisher behandelten Berufsgenossen-
schaften der Textilbranche hat diese Genossenschaft nicht
nur eine Zunahme der Arbeiterzahl, sondern auch
der Betriebe zu verzeichnen. Die nachfolgende Statistik
zeigt die Entwicklung.

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Betriebe, Zahl der Beschäftigten, pro Kopf. Rows for years 1905, 1908, 1909.

Die Lohnsteigerung macht also die unbedeutende
Summe von 21 Mr. 36 Pfg. aus, sie reicht keineswegs
hin, um die während dieser Zeit eingetretene Teuerung
auszugleichen. Man darf es also den Arbeitern nicht
verübeln, wenn sie durch ihre Organisation eine Besserung
ihrer Lage erstreben.

Die Unfallstatistik der Berufsgenossenschaft zeigt
eine sinkende Tendenz der Unfälle. Auf 1000 Ber-

sicherte kamen 1909 15,08 Unfallsanzeigen, gegen 15,83 im Jahre 1908. Die absolute Zahl der gemeldeten Unfälle beträgt 2245. Bei 11 Unfällen trat der Tod des Versicherten ein; 255 Unfälle hatten eine dauernde, wenn auch nur teilweise, 162 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Unter den Verletzten befanden sich 81 Jugendliche, darunter 27 weiblichen Geschlechts. 4431 Verletzte erhielten 620493 M. Renten; 159 Witwen bezogen 31287 M., 233 Kinder und Enkel Getöteter 37064 M. Renten. An Sterbegeld wurde ausbezahlt ein Betrag von 865 M. 62 verunglückte inländische Versicherte erhielten als Abfindung 25 282 M., Ausländer 1050 M. An Kosten für das Heilverfahren wurden ausbezahlt 10665 M.

An laufenden Verwaltungskosten trafen auf einen Versicherten durchschnittlich 51 Pfg., auf je 1000 Mark Löhne 59 Pfennig. Ein Reservefonds von 2358928 M. ist vorhanden.

Sächsische Textil-Berufsgenossenschaft.

Diese Berufsgenossenschaft ist die größte der Textilgenossenschaften. Sie umfaßt 1909 6319 Betriebe mit 254591 versicherten Arbeitern und Angestellten. Die Zahl der Betriebe ist gegen das Vorjahr um 230, die Zahl der Arbeiter um 32423 gewachsen. Der Aufwand an Lohn betrug 1909 über 193 Millionen Mark, rund 58 Millionen Mark mehr als im Jahre zuvor. Der Durchschnittslohn jedes Versicherten beträgt (nach 760 M. 51 Pfg., das ist 14 Mark 23 Pfg. weniger als im Vorjahre. Und das im Lande der „völkerbefreienden“ Sozialdemokratie! Die Entwicklung des jährlichen Durchschnittslohnes ist folgende:

Jahr	pro Versicherten
1905	758,82 Mark
1906	818,01 "
1907	721,70 "
1908	774,74 "
1909	760,51 "

Der Durchschnittslohn ist also auf den Stand von 1905 zurückgefallen. Die im Berichtsjahr gemeldete Zahl von Unfällen stellt sich auf 2591. Auf 1000 versicherte Personen treffen 10,17 Unfälle. Die meisten derselben ereigneten sich an Motoren, Transmissionen, Arbeitsmaschinen, nämlich 376. Durch Fall von Leitern, Treppen etc. verunglückten 104 Personen, beim Auf- und Abladen 45. Von den Verunglückten waren 28 Jugendliche. 33 Unfälle verliefen tödlich; vier hatten eine dauernd völlige, die übrigen eine teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Im ganzen wurde an 6851 Personen Entschädigungen bezahlt. Renten erhielten 6502 Personen im Betrage von zusammen 702576 Mark. 159 Witwen bezogen 31287 Mark; 232 Kinder und Enkel Getöteter 31862 Mark, Verwandte bekamen 635 Mark. Statt Renten wurden an 53 Inländer 16011 Mark, an sieben Ausländer 4664 Mark Abfindungen gewährt. Das ausgezahlte Sterbegeld betrug 2357 Mark. Für Heilverfahren gab die Genossenschaft 12858 Mark aus. In Heil- und Genesungsanstalten wurden 48 Ehefrauen und 83 Kinder gepflegt und dafür ausgegeben 20623 Mark.

Für die Ueberwachung der Betriebe wurden 15506 Mark, für Unfalluntersuchung 36252 Mark ausgegeben. Die Gehälter der Beamten sind vorgetragen mit 61659 Mark. Dabei erscheinen die Verwaltungskosten bei dieser Genossenschaft als die niedersten der bisher bezeichneten Genossenschaften der Textilindustrie. Auf einen Versicherten treffen 36 Pfg., auf je 1000 Mark der verdienten Löhne 46 Pfg. Verwaltungskosten. Im Vergleich zur Rheinisch-Westfälischen Genossenschaft hat die Sächsische Berufsgenossenschaft insbesondere im Hinblick auf die große Arbeiterzahl einen zu niederen Reservefonds; er betrug am Schlusse des Rechnungsjahres 1909 2324516 Mark.

Seiden-Berufsgenossenschaft

hat viele Kleinbetriebe. Die Zahl der dieser Genossenschaft angehörenden Betriebe betrug 1909 2188, gegen 2124 im Vorjahre. Den jeweiligen Stand der Arbeiter und der Löhne zeigt die nachfolgende Zusammenstellung.

Jahr	Arbeiterzahl	insgesamt	pro Kopf
1905	67664	55631300	822,36 M.
1907	72032	64890710	900,87 "
1909	72643	65345730	899,54 "

Eine ganz zuverlässige und völlig einwandfreie Lohnstatistik bieten ja die Berichte der Berufsgenossenschaften nicht. Vergleiche der nach einem Schema aufgestellten Lohnnachweise sind aber sehr wohl möglich und erlaubt. Und da zeigt sich, wie schon dargetan, daß im Bereiche mehrerer Textil-Berufsgenossenschaften die Löhne zurückgegangen sind.

Die Seiden-Berufsgenossenschaft hat die geringste Unfallziffer, nämlich 7,02 pro tausend versicherte Personen. Im ganzen kamen 510 Unfälle zur Anzeige. 63 Versicherte wurden verletzt von Motoren, an Transmissionen, 23 beim Auf- und Abladen, beim Tragen und Gehen. Die übrigen Unfälle verteilen sich und sind bei verschiedenen Dienst- und Arbeitsverrichtungen vorgekommen. Bei drei Unfällen kam je ein Versicherte zu Tode, einer blieb völlig dauernd erwerbsunfähig. Renten erhielten im Jahre 1909 659 verletzte Personen im Gesamtbetrag von 95014 Mark. 27 Witwen erhielten 6277 M., 22 Kinder 4961 Mark. Für Heilverfahren wurden 3114 Mark, für Sterbegeld 393 Mark aufgewendet.

Der Aufwand für Gehälter an die Beamten der Berufsgenossenschaft ist eingesetzt mit 12617 Mark. Die Verwaltung dieser Genossenschaft ist die billigste, 31 Pfg. jährlich für jeden Versicherten, 35 Pfg. auf je 1000 M. der verdienten Löhne. An Reservefonds hatte die Genossenschaft 369256 M., also etwa fünf Mark auf den Versicherten.

Als „Gebrüder Schwindelmeier“

haben sich hier in Sommerfeld, so schreibt man uns von dort, der sozialdemokratische und der Hirsch-Dunder'sche Textilarbeiterverband niedergelassen. Sie machen ihrer Firma alle Ehre.

Im Sommer 1910 stand die hiesige Textilarbeiter-schaft in einer Lohnbewegung. Mit den Sozialisten Arm in Arm gingen die Hirsch-Dunder'schen durch Dick und Dünn. Die erste Geschäftspraxis dieser „edlen Brüder“ war, die etwa 100 christlich organisierten Textilarbeiter von den Vorbereitungen und Beratungen der Bewegung auszuschließen. Wenn irgendwo, so ist in Sommerfeld ein geschlossenes Auftreten und Vorgehen der Arbeiter dringend notwendig. In den Versammlungen der Sozialisten und der „Hirsche“ kann man es immerzu hören, daß das Arbeitgebertum Sommerfelds sich zu den gerechtesten Arbeiterforderungen von jeher hartnäckig ablehnend verhalten habe. Wenn ferner feststeht, daß 11,20 M. der Wochenburchschnittslohn eines Sommerfelder Textilarbeiters ist, kann die Ausschließungspolitik der „Gebrüder Schwindelmeier“, als zum Nachteil der Arbeiter reichend, nicht entschieden genug verurteilt werden.

Im Interesse der hilfbedürftigen Arbeiter erklärte unser Verbandsvertreter in der Versammlung, in welcher die vom sozialdemokratischen und Hirsch-Dunder'schen Verbände gestellten Forderungen angenommen wurden, daß der christliche Textilarbeiterverband jederzeit bereit sei, bei Verfechtung gerechter Anträge seinen Mann zu stellen. Es würden die christlich-national organisierten Schulter an Schulter mit den anderen Kameraden dem gestellten Ziele zustreben.

Gefordert hatte die Arbeiterschaft eine durchschnittliche Lohnhöhung von 25%. Der wöchentliche Durchschnittslohn hätte bei Bewilligung dieser Anträge dann etwa 14 M. betragen, wahrlich noch wenig genug.

Am 16. August fand die erste Verhandlung zwischen der Fünferkommission, die aus Hirsch-Dunder'schen und sozialdemokratisch organisierten Arbeitern bestand, und den Arbeitgebern statt, die resultatlos verlief. Aus unverständlichen Gründen verschleppte man den Termin der Antwortversammlung an die Arbeiter seitens des „deutschen“ und Hirsch-Dunder'schen Verbandes bis zum 23. August!

Man beachte, am 23. August fand die Versammlung statt, am 20. August schrieb man an die Unternehmer und erbat Antwort bis zum 24. August. Sollte es dadurch etwa unmöglich gemacht werden, daß eine eventuelle Antwort der Fabrikanten gleich am 23. August hätte mit bekannt gegeben werden können? Wollte man dadurch das ohnehin schleppende Tempo der Bewegung noch mehr verlangsamen?

In der Versammlung am 15. September wurde das Ergebnis der letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern mitgeteilt. Während die Arbeiterschaft im allgemeinen 25% Lohnaufbesserung beantragte, erklärten sich die Arbeitgeber bereit, eine solche von 5% ab 1. Januar 1911 vorzunehmen. In dieser Versammlung kam die Unzufriedenheit der Arbeiter über diesen Ausgang deutlich zum Ausdruck.

Um darzutun, wie über alle Maßen unwahrhaftig die Arbeiter von den führenden Verbänden behandelt wurden, führen wir folgende Tatsachen an:

Die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ schrieb am 14. Juli: „Die Textilarbeiterchaft Sommerfelds kann gewiß sein, daß ihre Vertrauensmänner alles daran setzen werden, um Erfolge zu erzielen.“ Und am 11. August:

„... Die Fabrikanten versuchten es jetzt mit der Nadelstichpolitik, um die Arbeiter auseinanderzutreiben. Die Fabrikanten schickten die Weber in mehreren Betrieben schon um 5 Uhr nach Hause und dann können sie auch erst um 8 Uhr morgens anfangen. ... Die Fabrikanten wollen damit den Arbeitern nur etwas vormachen, damit diese glauben, es sei nichts zu tun und von ihren Forderungen abstehen. Kein Arbeiter lasse sich dadurch einsperren und niemand einschüchtern. Jetzt muß die Arbeiterschaft zeigen, daß sie auch an ihren Forderungen festzuhalten weiß. Es kommt jetzt darauf an, daß der Arbeiter endlich einmal zeigt, daß auch jeder selbst über die Verwertung seiner Arbeitskraft mitzusprechen hat.“

Sogar am 3. September noch schrieb dasselbe Blatt:

„... Den Arbeitern kann nur zugerufen werden: seid auf dem Posten und laßt euch durch nichts abschrecken. Die Antwort der Fabrikanten wird wohl die Textilarbeiter nötigen, andere Seiten aufzuziehen. Die Fabrikanten sind der irrigen Meinung, es nur mit wenig organisierten Arbeitern zu tun zu haben. Das kann eine Enttäuschung geben! Die Fabrikanten hätten nur einmal die Arbeiter-versammlungen besuchen sollen! Arbeiter, nochmals, seid auf dem Posten!“

Die Hirsch-Dunder'sche „Deutsche Textilarbeiterzeitung“ schrieb in ihrer Nummer 34 vom 19. August: „... Um die Arbeiterschaft bange zu machen, daß gegenwärtig ein schlechter Geschäftsgang vorhanden sei, wird die Arbeitszeit in mehreren Betrieben der Weberzonen gekürzt. ... Mögen sich aber die Arbeiter und Arbeiterinnen von diesem Scheinmanöver der Unternehmer nicht betrennen lassen und mit verstärkter Einmütigkeit zeigen, daß sie erst recht an den gestellten Forderungen festzuhalten gewillt sind. ... Dieserhalb dürfen sie sich nicht durch solche Maßnahmen einschüchtern lassen, — dann werden die Herren Unternehmer einsehen, daß sie mit solchem Humbug nichts erreichen können.“

Als es sich aber herausstellte, daß die Zentralleitung des „deutschen“ Verbandes den Kampf nicht durchbrechen wollte oder konnte, da rieten die Beamten der beiden Verbände von einer weiteren Verfechtung der Forderungen ganz entschieden ab, denn die Konjunktur sei zu schlecht, zu wenig Arbeiter seien organisiert! Fogle ging sogar soweit, daß er am 22. September in einer öffentlichen Versammlung in Sorau ausführte, in Sommerfeld lägen

soviel Luche in den Faorillagern vorrätig, daß man den Erdball ein paar Mal damit umspannen könne.

Der sozialdemokratische Verband wie auch der Hirsch-Dunder'sche Gewerkeverein entzogen von nun an ihren kämpfenden Mitgliedern jede moralische Unterstützung. Die Bewegung wurde nach bekanntem System abgewürgt. Sie hatten einen großen „Sieg“ errungen. Nach langen Monaten sollte ja eine fünfprozentige Lohnhöhung kommen, die einer täglichen Aufbesserung um 9 (neun) Pfennige gleichstand. Die „Ausbeuter“, „Blutsauger“, „Nichtstuer“, wie sie vorher die Arbeitgeber nannten, wurden nun von den sozialdemokratischen und Hirsch-Dunder'schen Verbandsbeamten über den grünen Klee gelobt. Aus den „Perls“ waren auf einmal „wohlwollende Herren“ geworden. Die „versprochene“ Neunpfennig-Zulage war bei den genannten Verbandsführern eine Errungenschaft ohne gleichen. Der sozialdemokratische Gau-leiter Fogle rechnete den Arbeitern sogar vor, was die neun Pfennige im Arbeiterhaushalt alles bedeuten und was man alles dafür kaufen könne —!

Unsere Mitglieder gaben sich keinen Illusionen hin. Die Neunpfennig-Zulage sollte am 1. Januar erfolgen, mitten im Winter, wenn das Angebot von Arbeitskräften in den Textilfabriken ein großes ist. Daß den Arbeitgebern zu solcher Zeit ein Umgehen dieser minimalen Versprechungen unter Anwendung der verschiedensten Auswege nicht schwer fallen würde, sah jeder Einsichtige. Der 1. Januar 1911 kam. Was aber ausblieb, war die vollgültige Neunpfennig-Zulage für alle Sommerfelder Textilarbeiter. Die verschiedensten Drehungen und Wendungen mußten herhalten, um die winzigen Zugeständnisse zu umgehen. Bei den Akkordarbeitern geschieht es zum Teil durch verschärfte Strafsysteme, schlechtes Material und dergleichen. Wochen-löhner werden entlassen, und die verringerte Anzahl muß das gleiche Arbeitsquantum leisten wie früher die größere Anzahl.

Um nun ihren Mitgliedern über die Neunpfennig-Zulage hinwegzuhelfen, veranstalteten die „Gebrüder Schwindelmeier“ im Februar eine Textilarbeiterversammlung mit der Tagesordnung „Die fünfprozentige Lohnbewegung“. Referenten waren die Beamten Hoffmann-Gubert vom sozialdemokratischen Verband und Köppler-Fork vom Hirsch-Dunder'schen Gewerkeverein. Die Arbeiterschaft lehnte es aber ab, die „Firma Schwindelmeier“ in Fragen ihrer Interessenvertretung als berufen zu betrachten. Der Versammlungsbefuch — 40 bis 50 Personen — war Beweis hierfür.

Die beiden Referenten zogen alle gewohnten Register, um das Schindlubertreiben mit Arbeiterinteressen seitens der „Gebrüder Schwindelmeier“ ins Gegenteil zu verkehren. Alles Fernliegende mußte herhalten, um den Kern, das Neunpfennig-Objekt, und die Haltung der „Firma Schwindelmeier“ totzuschweigen. Die Referenten legten nun in ihren Leierkasten die alte Platte ein:

- Finanzreform, Finanzreform,
- Volksbetrug — ganz enorm.
- Politik im Zöllerwesen,
- Christentum, ihr müßt verweihen!
- Zentrumsnechte, Pfaffenbrüder,
- Papstgesellen, alles nieder!
- Steuerraub, Polizei, Wahlrecht-Niedertrümelei,
- Schuld an allem — die verwünschte Klerisei.
- Lohn des Kaisers ist gestiegen.
- Liebesgabe, du müßt steigen!
- Staatsregierung, Kapital,
- Eine Stippe allzumal.
- Marinismus, Militar,
- Koflet täglich immer mehr.“

Und der christliche Textilarbeiterverband in Sommerfeld? Der steckte — frei nach Hoffmann und Köppler — mit den Fabrikanten unter einer Decke. Die Christlichen, so ließen sich die Referenten vernehmen, seien bei der Bewegung „sogar bestochen worden“. Der christliche Verband müsse mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bekämpft und beseitigt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Sommerfeld! Einmal will man die Christlichen als einflussloses Häuflein hinstellen, andermal ist das „keine Häuflein“ Schuld an dem Sommerfelder Arbeiterbetrug. „Schwindelmeier“, ihr seid erkannt!

Unser christlicher Textilarbeiterverband war allezeit bestrebt, entschieden und ehrlich die übertraurige Lage der Sommerfelder Textilarbeiter zu heben. Die Arbeiter sehen das auch ein, indem sie sich immer zahlreicher unserm Verbands anschließen. Unsere Ortsgruppe hat sich in Jahresfrist um rund 200% vergrößert. Nun erst recht vorwärts! Den „Schwindelmeiern“ die Maske gelüftet!

Aus der Arbeiterbewegung.

Ortskartelle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung gibt es nach einer Veröffentlichung im „Zentralblatt“ zweihundertundvierzehn. Das bedeutet seit der letzten Veröffentlichung Mitte vorigen Jahres ein Mehr von siebenzehn. Die Hauptaufgaben der Kartelle sind Ausbreitung und Ausbau der Gewerkschaftsbewegung im Kartellgebiet, die Vorbereitung und Durchführung der Arbeitervertreterwahlen zu den sozialen Körperschaften, die Schulung und Fortbildung der Mitglieder in sozialen Unterrichtskursen, Einwirkung auf die Sozialpolitik der Gemeinden, Bildungsbestrebungen schonungsgeister Art und so fort.

Zur Bewältigung dieses großen Aufgabekomplexes kamen die größeren Kartelle immer mehr dazu, eigene Beamten anzustellen; sieben Kartelle haben bereits eigene Beamten. Wo sich die Aufbringung der Kosten hierfür nicht allein vom Ortskartell bewältigen ließ, sind größere Bezirkskartelle für zusammenhängende Gebiete gebildet worden, wodurch die Anstellung eines Beamten

ermöglicht und die Wirksamkeit der Kartelle fruchtbringender gestaltet und weiter ausgedehnt werden konnte. Leider genügen nicht alle Kartelle den Anforderungen, die man billigerweise an sie stellen könnte. Es fehlt vielerorts an der richtigen Leitung, manchmal auch an dem notwendigen Zusammengehörigkeitsgefühl der verschiedenen Berufsorganisationen untereinander und nicht zuletzt manchmal an Personen, die die manchmal widerstreitenden Interessen und Ansichten der im Kartell vertretenen Berufsverbände auszugleichen und in ein gleichartiges Bett zu leiten verstehen.

Seit Januar d. J. ist in Köln am Generalsekretariat ein Dezernat eingerichtet, das u. a. besonders der Frage der Ortskartelle seine Aufmerksamkeit und Unterstützung zuwenden wird. Es ist dadurch zu erwarten, daß in manche Kartelle das notwendige Leben hineingebracht wird.

„Wir Sozialisten mögeln, wo wir mögeln können.“

Dieser von einem Sozialisten aufgestellten Grundsatz hat sich scheinbar der „Genosse“ R. (Kuhnen-Nachen?) zu Herzen genommen und verfährt dementsprechend in Nummer 9 des „Textilarbeiters“, dem Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Der Genosse R. schreibt da:

„In Forst in der Lausitz hatte vor einigen Wochen in einer Versammlung ein Herr Voigt, Wortführer des „christlichen“ Textilarbeiterverbandes, die Stirn, unserm Kollegen Heidel, der über Nachener Zustände geredet hatte, folgendes zu erwidern ufm.“

„In Forst hatte eine Versammlung, in der ein Sozialist Heidel über Nachener Zustände sprach, gar nicht stattgefunden. Kollege Voigt kann also die vom Genossen Kuhnen erwähnte Auseinandersetzung auch nicht gehabt haben. Die Sache liegt vielmehr so: Am 21. Januar sprach Kollege Voigt in einer Versammlung in Leutersdorf in Sachen über die Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Leutersdorfer Textilarbeiter. Der sozialdemokratische Verbandsbeamte Heidel aus Neugersdorf in Sachen war in dieser Versammlung erschienen, und weil er außer einigem Geschimpfe auf Staat und Kirche, zum Thema aber überhaupt nichts zu sagen verstand, kam er mit dem Nachener Zweifelhafthum an. Jeder Weber müsse in Nachen zwei Stühle bedienen, und die Einführung dieses Zustandes habe der christliche Textilarbeiterverband besorgt. Dem Kollegen Voigt war es ein leichtes, dem Genossen Heidel, einem Gerar Kinde, nachzuweisen, daß in der sozialdemokratischen Domäne Gerar der „deutsche“ Verband noch keinen Finger gerührt habe, um das Zweifelhafthum bei der Anfertigung schwerer Herrenstoffs zu beseitigen.“

Kollege Voigt wies ebenfalls nach, wie leichtfertig Genosse Heidel mit der Behauptung gewesen sei, in Nachen müsse jeder Weber zwei Stühle bedienen.

In seiner Angst mag sich nun Heidel an Kuhnen in Nachen um Rat und Hilfe gewandt haben. Wenn Heidel sich nun dem Kuhnen so wenig verständlich machen konnte, daß Kuhnen annehmen mußte, die Versammlung habe in Forst stattgefunden und Heidel habe über Nachener Zustände referiert, so wirkt das ein eigenartiges Licht auf die Qualifikation des Heidel. Oder aber Genosse Kuhnen-Nachen, dem diese Materie willkommen war, hat sich den ganzen Reim aus den Fingern gezogen, um

unter einem neuen Aufpuß den alten Nachener Singspiel fortzusetzen. „Wir Sozialisten mögeln eben, wo wir mögeln können.“

Gegen konfessionelle Verhetzung, wie sie in letzter Zeit von sozialdemokratischer Seite wieder eifrig betrieben wird, richtet sich folgende, im „Bergknappen“ veröffentlichte

Erklärung:

„In der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse werden Äußerungen des früheren Gewerkschaftsbeamten Lobeck über angebliche Zusammenstöße mit dem Vorstand des Gewerkschaftsbezirks der Kameraden Köster und Bogelsang „wegen der Anstellung von evangelischen Gewerkschaftsbeamten“ verbreitet. Danach soll der Vorstand bei der Anstellung von Beamten aus konfessionellen Gründen evangelische Kameraden zurückgesetzt haben.“

Wir unterzeichneten evangelischen Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsbezirks christlicher Bergarbeiter Deutschlands erklären hierzu, daß eine solche Zurücksetzung evangelischer Kameraden, solange wir dem Vorstand angehören, niemals stattgefunden hat. Wir würden auch niemals eine Bevorzugung der katholischen Kameraden auf Kosten der evangelischen zugeben.“

Vor der von Lobeck seinerzeit befürworteten Anstellung eines bestimmten evangelischen Kameraden aus Osterfeld ist gerade von evangelischer Seite dringend gewarnt worden, mit welchem Recht, erhellt aus der Tatsache, daß der vorgeschlagene heute jeder Organisation den Rücken gekehrt hat.“

Das Geschreibsel der sozialdemokratischen Presse, die offenbar gar nicht weiß, wer von den Gewerkschaftsbeamten evangelisch und wer katholisch ist, hat nur den Zweck, die Mitglieder des Gewerkschaftsbezirks konfessionell gegeneinander zu hetzen und dabei die eigene sozialdemokratische Verbandsuppe zu locken. Wir richten an unsere evangelischen Kameraden die Bitte, allen Versuchen der Gegner, konfessionelle Zwietracht in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder zu tragen, nachdrücklich entgegenzutreten. Zur Leitung des Gewerkschaftsbezirks können die evangelischen wie die katholischen Kameraden in jeder Beziehung volles Vertrauen haben.“

Franz Behrens. August Gedamsky. Karl Kühme. Wilh. Opel.

Es ist auch bei einigen Beamten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes eine beliebte Praxis, in bestimmten Gegenden konfessionelle Momente gegen unseren Verband in den evangelischen Mitgliedern wachzurufen. Es ist ihnen allerdings nie recht gegliedert. Unsere evangelischen Mitglieder haben volles Vertrauen zu unserer Organisationsleitung, sie wissen, daß bei uns die Neutralität vollauf gewahrt wird. Der Zentralvorstand hat kürzlich noch wieder einen evangelischen Kollegen als Beamten angestellt, so daß wir in unserer Organisation bereits sieben Kollegen evangelischer Konfession freigestellt haben.“

Eine jämmerliche Broschüre. Dr. August Erdmann hat wieder eine Broschüre über die christlichen Gewerkschaften herausgegeben. „Die Schwarz-Gelben“ betitelt sie sich. Ein geradezu jämmervolles Ding. Auf 32 Seiten nicht weniger als 60 Bitate, darunter einige von recht ansehnlicher Länge. Die hat er aneinander geklebt, mit einigen Sätzen verbunden, und die Sache ist fertig. Die Broschüre ist wohl das jämmerlichste, tiefstehendste Zeugnis, was von den „Genossen“ über unsere Bewegung in all den Jahren zusammengeliebt und zusammengeschrieben worden ist. Und das will doch was heißen.

Vor einigen Jahren erschien ein dickes Buch (708 Seiten) von Dr. Erdmann, „Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland“. Ein tendenziöses Buch und voll gehässiger Bemerkungen, so urteilte damals sehr richtig die Kritik, die nicht auf dem Standpunkt der christlichen Gewerkschaften stand. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ schrieb in Nr. 14 (1909) u. a.:

„Dr. Erdmann hält es für selbstverständlich, daß alles nur durch die Parteibrille beurteilt wird. Er will gar nicht sachlich sein, sondern bemerkt einseitig. Er legt aus und meistens auch unter! Ein faunisches Lächeln grinst aus den Zeilen dieses dicken Buches heraus. So dick das Buch, so unwissenschaftlich ist es.“

Auch diese Broschüre ist ganz in derselben Weise und mit einer Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit zusammengeliebt, daß man tatsächlich die Leser, die so „aufgefärbt“ werden, bedauern muß. Dabei ist dieses Machwerk das Resultat eines Vortrages, den Erdmann am 4. Dezember 1910 auf der Konferenz der Gauleiter der „freien“ Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen gehalten hat. Mit einem solchen Gemüsel füttert man Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die nehmen es mit einem Jungenschnalzen als eine exquisite geistige Kost entgegen. Sie haben dann „geistige“ Waffen, mit denen sie auf die christlichen Gewerkschaften losgelassen werden. Daß Gott erbarm.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften kennzeichnet in Nr. 1 (1911) Erdmann treffend, als es schrieb, „er befindet sich in der Lage, gegen die christlichen Gewerkschaften schreiben zu müssen, nicht in erster Linie aus Gegnerschaft, sondern um Geld zu verdienen“. Die vorliegende Broschüre bringt hierfür einen vollen Beweis. Dr. August Erdmann, der „große Denker“ und „Kenner“ der christlichen Gewerkschaften, hat sie geschrieben und zusammengeklebt, vielleicht in einer Nacht, um — Geld zu verdienen. Wie sagte doch Lassalle? „Wer Geld verdienen will, soll handeln, an der Börse spielen, ja wuchern, aber um des schönen Mammons willen täglich Hunderttausenden den geistigen Tod zu trinken zu geben, meine Herren, das ist das größte Verbrechen, das ich fassen kann.“ Erdmann kümmert sich nicht um das „Verbrechen“, er schmiert alles mögliche zusammen, wenns bezahlt wird.

Es ist schon weit gekommen. Um das ganze Treiben im sozialdemokratischen Lager gegen die „vollgefressenen“ Gewerkschaftsbeamten würdigen zu können, muß man wissen, welche Sorte Menschen an der Spitze dieser Heke stehen: Ausländer, die wegen ihrer andauernden Stänkereien aus der eigenen Landespartei hinausgeworfen wurden, unverantwortliche Literaten und Theoretiker, die vom praktischen Gewerkschaftsleben nicht die geringste Ahnung haben. Ferner: Mögler, Stänker, Meider und Streiber, deren Drängen nach der „gewerkschaftlichen Futterrippe“, nach dem Posten des Gewerkschaftsbeamten durchschaut und abgefühlt wurde; Menschen, die aus irgendwelchen Gründen nicht auf persönliche Rechnung kamen. Diese Leute „führen“ den Kampf um „Masse und Führer“; die einen in wissenschaftlichen Zeitschriften und in Zeitungen, die anderen, indem sie die Gewerkschaftsführer, die ihre Stellung verteidigen, in den Versammlungen niederbrüllen.

Die Börse.

Wohl keine Institution unseres modernen Wirtschaftslebens wird mehr angefochten und verkannt als die Börse. Man hat vor ihr vielfach das Grauen als vor einer unheimlichen, unbekannten Macht. Da gerade für die Textilindustrie die Börse von der größten Bedeutung ist, wie wir später noch sehen werden, ist eine Aufklärung an dieser Stelle wohl angebracht.

Zunächst müssen wir die Frage beantworten: Was ist die Börse? Sie ist nichts anderes als ein Markt, ein Zusammenströmen von Angebot und Nachfrage für bestimmte Waren. Allerdings ist sie ein ganz eigenartiger Markt — Waren werden wir auf ihm keine sehen. Es wird gehandelt, ohne daß solche vorhanden sind. Wenn und da dies der Fall ist, müssen die Waren, die den Gegenstand des Handels bilden, einen ganz bestimmten Charakter haben. Es ist nicht möglich, an der Börse ein Kammgarn oder eine Uhr zu kaufen, wohl aber Getreide, Baumwolle, Kaffee. Woran liegt dies? Einen Gegenstand der ersten Art kaufe ich nur, wenn ich sie gesehen habe, wenn ich seinen Wert selbst durch Augensehen beurteilen konnte. Bei den Gütern, die ich an zweiter Stelle genannt habe, ist das nicht so unbedingt notwendig. Es genügt gewisse Erfordernisse einzelner Qualitäten als Bedingung für die Lieferung anzustellen. In dies gesehen, so kann der Käufer betrachten ein bestimmtes Quantum einer Ware erwerben, ohne daß er es gesehen hat. Er braucht nicht zu sagen, gerade diese Menge, die in den Raum eingeschlossen ist, will ich haben, so wenig er sagen wird, ich will gerade dieses bestimmte Quantum und kein anderes. Dieses Bangehen wäre absurd, denn eines ist so viel wert wie das andere. Ein Stück Geld ist durchaus befähigt, das andere zu vertreten. Genau so ist es bei vielen anderen Waren — sie besitzen eine fast absolute Vertretbarkeit. Da es aber — wie beim Geld verschiedene Münzen, bei den anderen Waren verschiedene Qualitäten gibt, so kann die Börse verschiedene Klassen aufstellen, an die sich die Handhaber halten. Jede Börse kann ihre besonderen „Einkaufsbedingungen“ aufstellen; wird es erreicht, daß solche für den ganzen Handel oder doch für ein großes Gebiet gelten, so hat dies verschiedene Vorteile.

Das beste Beispiel für den Handel an der Börse bietet die Baumwolle. Der Hauptplatz für diese ist Liverpool. Hier werden an der Börse jährlich nach dem Ausfall der Ernte verschiedene Typen — für den Handel mit nordamerikanischer Baumwolle sind es sieben — aufgestellt. Die einzelnen Klassen werden wie folgt benannt: ordinary, good

ordinary, low middling, good middling, middling fair, fair. Je nachdem ich in einer dieser Klasse kaufe, erhalte ich eine Ware von ganz bestimmter Qualität. Die Liverpooler Aufstellung hat den großen Vorteil, daß sie mit wenigen Ausnahmen fast für alle großen Baumwollhandelsplätze in Europa maßgebend ist. Während sich Marseille und Le Havre einer andern Klassifizierung bedient, hat Deutschland an seinem wichtigsten Baumwollhandelsplatz, in Bremen, die englische Bezeichnung angenommen.

Waren, die an einer Börse gehandelt werden, müssen vertretbar sein. Nur da, wo solche Waren gehandelt werden, kann von einer wirklichen Börse gesprochen werden.

Außer dem Charakter der Ware müssen aber noch zwei Bedingungen erfüllt werden, damit ein Markt als Börse angesehen werden kann. Es muß eine ganz bestimmte Organisation haben, und dann muß eine offizielle Kursfestsetzung und Notierung stattfinden.

Über die Organisation der Börse brauchen wir nur weniger zu sagen. Das wichtigste Glied ist die Zulassungstelle. Von ihrer Entscheidung hängt es ab, ob ein bestimmtes Wertpapier zum Handel an der Börse zugelassen werden soll oder nicht. Manche Spekulationspapiere, die um Zulassung zur Börse sich bewerben, können wegen ihrer unzulässigen Grundlage die schwersten Schädigungen mit sich bringen. Von der Einsicht und Zuverlässigkeit der Zulassungstelle wird es vielfach abhängen, ob eine Volkswirtschaft vor schweren Verlusten in dieser Hinsicht bewahrt bleibt.

Ein hauptsächliches Charakteristikum für den Begriff der Börse bildet ferner die offizielle Festsetzung des Preises und die Kursnotierung. Die Preise, die offiziell festgesetzt worden sind, sind für den Handel maßgebend.

Bereits im Gefagten tritt schon die Unterscheidung verschiedener Arten von Börsen hervor. Tatsächlich können wir zwei große Gruppen erkennen: die Warenbörsen und die Effektenbörsen. Auf jenen werden Waren gehandelt, wie ihr Name sagt, Getreide, Kaffee, Baumwolle, auf diesen Effekten, das sind Wertpapiere. Diese können entweder sein Aktien, Schuldverschreibungen, Staatspapiere u. a. m. Welche Bedeutung gerade die letztgenannten Börsen auf unsere Volkswirtschaft haben, das liegt die Debatte im Reichstage über die Ueberwälzung des deutschen Marktes mit ausländischen Werten und den Abzug deutschen Geldes ins Ausland klar erkennen. Ich kann mich hier nicht länger über diesen Gegenstand verbreiten, nur das eine: wenn fremde Werte so viel deutsches Geld ins Ausland bringen, daß die heimische Unternehmungsluft darunter leidet, so muß das unbedingt verhindert werden. Gerade der Arbeiter hat alles Interesse daran, daß ein allzustarker Abfluß

deutschen Geldes verhindert werde. Wie könnte Deutschland seinen großen Geburtenüberschuß unterbringen und ernähren, wenn sich das Kapital von der Industrie weg ins Ausland zöge? Andererseits hat ein gewisser Besitz an Auslandswerten auch wieder seine Vorteile. Die wirtschaftliche Abhängigkeit zweier Länder, die daraus entspringt, ist vielleicht ein besserer Bürge für den Frieden als alle Waffenrüstungen.

Die Aufgabe der Börse ist, ganz allgemein gesagt, den Handel zu erleichtern. Schon durch das Zusammenströmen von Angebot und Nachfrage wird dieser Zweck nahezu erreicht, dazu kommen aber noch eine Reihe eigenartiger Geschäfte, von denen wir nur den Terminhandel nennen wollen, die das noch in erhöhtem Maße tun. Gerade für den Baumwollmarkt ist der Terminhandel von der größten Bedeutung, doch davon ein anderes Mal. Welche Stellung die Börse in der Volkswirtschaft einnimmt, kann man daraus erkennen, daß sie ein förmliches Barometer für diese bildet. Die kleinste Bewegung nach auf- oder abwärts wird zuerst an der Börse gespürt. Die vornehmste Aufgabe der Börse ist die Vermittlung von Geld für unsere Industrie, das sie zu neuen Anlagen und zu ihrer Ausdehnung braucht. Die Börse ist der Platz, wo die meisten Aktien ver- und gekauft werden. Aus ihr muß sich die Industrie das Geld holen. Eine nicht weniger wichtige Rolle spielt die Börse bei Anleihen unserer öffentlichen Körperschaften, des Reiches, der Einzelstaaten und der Kommunalverbände. Ohne die Börse könnten Werte aller Art, Aktien sowohl als Staatsschuldverschreibungen, nur mit großer Mühe an den Mann gebracht werden. Allerdings auch große Gefahren birgt die Börse in sich, besonders für den Uneingeweihten. Die Spekulation, die ja besonders hier gepflegt wird, wirkt gewiß anregend und entwickelnd auf unser Wirtschaftsleben. Sie darf aber nicht in ein wildes Spiel ausarten, das ohne jede Verantwortlichkeit der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse vor sich geht. So ist es gewiss zu vermeiden, wenn Aktien im Kurs durch allerlei Manipulationen so hinausgetrieben werden, daß dieser in gar keinem Verhältnis mehr steht zu dem Ertrag, den das Unternehmen und damit die Aktie abwirft. Ebenso zu vermeiden ist das gleiche Spiel natürlich auch bei Waren. In solchen Fällen muß der künstlich geschaffenen Hochkonjunktur der Krach folgen, und er wird um so härter und bestiger sein, je mehr die Spekulation die Fühlung mit dem tatsächlichen Stand des Wirtschaftslebens verboten hat.

Wie weit die Spannung zwischen Mitgliedern und Beamten in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung tatsächlich gebrochen ist, dafür ein neues Beispiel. In einer Versammlung in Hamburg wurde bekanntlich Pannetock zugejubelt, Legien aber niedergeschrien. Wie wir nun dem „Korrespondenzblatt“ (Nr. 10) entnehmen, haben die Metallarbeiter Hamburgs noch ein übriges getan. Sie haben den Berichterstatter des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht einmal an jener Versammlung teilnehmen lassen. Und als Legien erklärte, wenn der Genosse (Pannetock) nicht zugelassen würde, dann rede er überhaupt nicht, da logen ihm seine Parteigenossen ganz einfach vor, eine Mitgliederversammlung hätte beschlossen, diesen Pannetock nicht zuzulassen. Nachträglich stellt sich nun heraus, daß niemals eine Mitgliederversammlung dergleichen beschlossen.

So werden die Gewerkschaftsführer von ihren eigenen Leuten vergewaltigt und belogen. Sie sind tatsächlich zu Handlangern der Masse geworden. Aber um die Stellung sollte man sie beneiden, meint der Holländer Pannetock:

„Oftmals sieht eine einzelne Person weiter als die Masse, und da heißt es dann, die Masse ist dumm, sie muß Vertrauen haben zu denen, die es besser wissen. Dennoch haben die Massen immer recht, d. h. nach ihrem Willen richtet sich die endgültige Entscheidung. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung ist die allmähliche Entwicklung der Selbstbestimmung der Arbeiterklasse, die stete Entwicklung zu immer höherer Demokratie. . . . Es gibt auch keine größere und schönere Rolle, als Wortführer, Handlanger der Arbeiterklasse zu sein. (Sehr richtig!) In der Geschichte bedeuten die eignen Anschauungen nichts. Will man Geschichte machen, muß man aussprechen, was die Massen wollen. Die Führer haben kein Recht darauf, daß ihre Meinung besonders respektiert wird, sie haben nur das Recht, sich der Kritik zu stellen und die Steinwürfe von den Segnern in erster Linie zu empfangen. Man warnt davor, den Massen einzureden, sie hätten ein besseres Urteil, wo doch die Führer am besten wissen, was der Masse gut ist. Es kommt aber gar nicht darauf an, wer die beste Entscheidung treffen kann. Die Masse entscheidet immer, wenn nicht direkt, so doch indirekt, in dem sie später gegen den Beschluß rebelliert, oder die einzelne Person fallen läßt, oder in anderer Weise.“

Der Parteiliterat dichtet der Masse den untrüglichen Instinkt an und degradiert die Führer zu bloßen Werkzeugen und Handlangern herab. Es ist wirklich weit gekommen durch die „Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft“.

Wie tuberkulöse Arbeiter leben. Zu dieser Frage sind in München Erhebungen veranstaltet worden, die des Interesses in besonderem Maße wert sind. Die Erhebungen gehen von der Tatsache aus, daß bei „Behandlung der Lungentuberkulose ein großes Gewicht auf kräftige Ernährung gelegt werden muß, um die Widerstandskraft des Organismus gegen die tuberkulöse Ansteckung zu stärken. Daher wurde bei den wegen Tuberkulose erwerbsunfähigen Mitgliedern der Ortskrankenkasse nachgefragt, wie es mit ihrer Ernährung steht, welche Geldmittel ihnen dafür zur Verfügung stehen und ob sie diese für zweckmäßige Nahrung verwenden.“

Von 168 Männern und 134 Frauen gingen ausgefüllte Fragebogen ein. Unter den Erkrankten sind alle Altersstufen vom Lehrlingsalter bis zum beginnenden Greisenalter vertreten, am meisten die Jahre zwischen 20 und 39 mit 197 Fällen (94 männl., 103 weibl.), also das Alter der stärksten Erwerbstätigkeit. Von den erkrankten Männern waren 64 ledig, 98 verheiratet, 6 verwitwet, von den Frauen 53 ledig, 76 verheiratet, 7 verwitwet.

Gleich eine Fülle von sozialer Not offenbart sich bei der Frage, wie viel die Frauen verdienen, die durch die Schwindsucht ihres Mannes gezwungen sind, dem Erwerbe nachzugehen. Es betrug der Verdienst der Ehefrauen kranker Männer:

Sozial-Verdienst gr.	monatl. Verdienst gr.	Anzahl	monatl. Verdienst gr.	Anzahl	monatl. Verdienst gr.	Anzahl	monatl. Verdienst gr.	Anzahl	monatl. Verdienst gr.	Anzahl	
1	4,00	1	14,00	4	24,00	1	34,00	2	48,00	1	84,00
2	9,00	4	16,00	1	27,50	1	35,00	1	50,00	2	88,00
3	10,00	2	20,00	3	28,00	3	36,00	4	60,00	1	89,00
4	12,00	1	21,00	2	32,00	4	40,00	1	72,00		

In 24 Fällen von 47 war der Verdienst der Frau unter 1 M. im Tage. „Der kranke Mann bleibt ohne Pflege, verrichtet die kleinen häuslichen Arbeiten, soweit er kann, und leider bleiben die kleinen Kinder seiner Obhut anvertraut, die er nun sicher infiziert. Besser daran sind recht oft die, welche noch Hilfsklassen angehören oder welche Unfallrente, Invaliditätsunterstützung oder Zuschüsse von der Armenkasse haben, wie dies bei 30 Kranken der Fall war.“

Der Arbeitsverdienst der Kranken ist auch in gesunden Tagen zumeist niedrig. Von den männlichen Arbeitern verdienten 78 unter 100 M. im Monat, 57: 100 bis 119 M., 41: 120 bis 150 M., und nur sechs haben ein Einkommen von 152 bis 168 M. Bei den Frauen haben überhaupt nur drei ein Einkommen von über 100 M. im Monat. Der Verdienst der Familien bewegt sich zwischen monatlich 34 und 280 M., am meisten sind vertreten die Einkommen von 120 bis 150 M. mit 41 Fällen.

Die Wohnungsverhältnisse dieser bedauernswerten Menschen sind außerordentlich dürftig. Es wiegt die Ein- und Zweizimmerwohnung vor. Wo zwei und mehr Zimmer vorhanden sind, sind, um „Geld zu machen“, einige Räume abvermietet, sodaß nur ein Raum übrig bleibt. Da wird dann gekocht, gewohnt, geschlafen. Das ganze, schicksalsharte Leben dieser armen Familien spielt sich ab zwischen den vier Wänden des einen Zimmers. In wirtschaftlicher Hinsicht wird der Anteil des Mietpreises am Einkommen dargestellt, wobei sich zeigt, daß der Aufwand für Miete im umgekehrten Verhältnis

nisse zur Höhe des Einkommens steht. Es wird dann noch der Verdienstentgang im Falle der Erkrankung dargestellt und schließlich die Frage aufgeworfen, was dem Kranken, wenn er den Mietzins bezahlt hat, noch für seinen und seiner Familie Lebensunterhalt verbleibt.

Bei 255 untersuchten Familienhaushalten stellte sich heraus, daß am meisten, d. h. in 40 Fällen, ein Resteinkommen von 36 bis 45 M. im Monat übrig blieb, d. h. also eine tägliche Verfügungssumme von 1,20 bis 1,50 M., dann folgt die Gruppe von 46 bis 49 M. in 19 Fällen = täglich 1,53 bis 1,63 M., 60 bis 65 M. in 16 Fällen (2,00 bis 2,16 M.), 30 bis 35 M. in 15 Fällen (1,00 bis 1,16 M.). „In nicht weniger als 23 Fällen bleibt unter 20 M. im Monat zum Leben, 2 bis 3 M. im Tag haben 56 Fälle, 3 bis 4 M. 23 Fälle, 4 M. und darüber 31 Fälle.“

Auf Grund von Anschlägen über die Ernährungsfragen kommt der Arbeiter der Erhebung zu dem Schlusse, daß die Einkommensverhältnisse in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht zu einer genügenden, geschweige denn zu einer reichen Ernährung ausreichen.

Es ist nicht überall so schlimm. Gott dank nicht. Aber die Not ist groß genug, daß sie uns alle zu hilflosbereiter sozialer Arbeit anspornen kann. Namentlich durch Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften.

Sozialdemokratische Bildungsquellen. Von hohem geistigen Bildungstreben der Genossen liest man von Zeit zu Zeit in der roten Presse klappernde Phrasen. Aber das ganze Gerede ist eine leere Phantasie, die jeder Unterlage entbehrt. Doch wenn in der Tat so ist, ja daß gerade die Art und Weise, wie die Sozialdemokratie ihr verhasste Einrichtungen, wie Kirche und Königtum, bekämpft, die Genossen zur Schuld- und pornographischen Lektüre greifen läßt, zeigt eine Untersuchung über „Arbeiterlektüre“ von F. Kliche in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1911 S. 315—319) auf Grund der Ausleihverzeichnisse der Berliner Arbeiterbibliotheken.

Die sachliche und politisch-sozialistische Literatur wird sehr wenig gefragt und dann auch noch am meisten die Werke, die durch ihren Titel vermuten lassen, daß sie die Sachen in besonders „schmachhafter“ Form bieten, daß sie „etwas Sensationelles“ enthalten. Das „Kapital“ von Marx ist öfter gefragt worden, aber Kliche hat festgestellt, daß es von den Entleihern gar nicht gelesen wird. Die Lektüre volkswirtschaftlicher Bücher ist im vergangenen Jahre „trotz der minimalen Benutzung und der Steigerung der Bücherzahl weiter zurückgegangen“. „Im allgemeinen befriedigt der Arbeiter sein Lesebedürfnis auf dem Gebiete der Politik und des Sozialismus durch die Parteipresse“, sagt Kliche. Das erklärt ja manches. Sehr wenig werden die Klassiker gefragt. Kliche sagt ganz spöttisch: „Ein Humorist könnte angesichts dieser Tatsache auf den Gedanken kommen, die Leser hätten aus ihrem proletarischen Klassengefühl heraus bereits seit langem die Ueberlebens- und Wertlosigkeit der bürgerlichen Klassiker erkannt und mit ihnen — gleich dem unfehligen Wigbold, der neuerdings im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts“ die Leser erheitert — tabula rasa gemacht.“ In der Abteilung Geschichte ist eine „starke Vorliebe für die oberflächlicheren und nach billigeren Effekten haschenden Werke zu verzeichnen. Wo in dieser Rubrik der Corvinische Klassenspiegel sich befindet — und er fehlt kaum in einer Bibliothek — da stellt er neben den wirklich nicht wissenschaftlichen getronten Hauptern meistens das stärkste begehrte Buch dar.“

Kliche verlangt einen „Wegweiser“ durch die Literatur, „Grundbedingung muß freilich sein, daß er wirklich tendenzfrei, namentlich ohne jeden Richtungsfanatismus, ist.“ Dieser sozialdemokratische Wegweiser wird nicht kommen, denn ohne „Richtungsfanatismus“ passiert nichts die Parteizensur. Nur „Gesinnungstüchtiges“ wird zugelassen, wenn es auch der größte Schuld ist. So schreibt der sozialdemokratische „Volkswille“ (Hannover) in seiner Unterhaltungsbeilage vom 10. März 1911: „Es ist das „Belehrende“ jetzt nicht nur stark ins Hintertreffen geraten, oder mit andern Worten, es ist die Zahl der belehrenden Bücher weit geringer als die der unterhaltenden, sondern es ist auch unter den belehrenden Werken dieses oder jenes Buch zu finden, das teils völlig veraltet ist, teils den heute auch — oder gerade auch — vom Standpunkte der Arbeiterbildung zu stellenden Ansprüchen in keiner Weise mehr genügt. Die Schriften eines Corvin, Dommel, Vosinski sind mehr als wertlos, und daß sie einstmals in Parteiverlagen erschienen sind, sollte kein Grund sein dürfen, diesen Schuld den Arbeitern von heute zur Befriedigung ihres Wissensdurstes fürder noch darzubieten. Man sollte solche Bücher heutzutage auch nicht einen Tag länger in Arbeiterbibliotheken dulden.“

In einigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsblättern konnte man hin und wieder ähnliche Laute hören über Neuerscheinungen, die vom Vorwärts-Verlage den Leuten in den phrasenhaftesten Worten angepriesen werden. Der Schuld aber wird am liebsten gelesen und er soll gelesen werden, weil er den Geist der Arbeiter am ehesten im sozialistischen Sinne beeinflusst. Oder hat denn die sozialdemokratische Presse und Massenverheerung, die niederträchtige Bekämpfung von Altar und Krone, wie sie in den Spalten dieser Presse getrieben wird, ihre Leser in dem Bau der Welt- und Stiegegeschichte an andere Orte geführt als an die — Aborte und Kloaken?

Katholische Arbeiterssekretariate. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ gibt in ihrer letzten Nummer (11) eine tabellarische Uebersicht über den Stand und die Tätigkeit der katholischen Arbeiterssekretariate im Bereiche des „Westdeutschen Bundes der katholischen Arbeiter-

vereine“ im Jahre 1910. Die Zahl der Sekretariate belief sich auf 43; die der Sekretäre ist etwas höher, da in einigen Sekretariaten wegen ihrer großen Arbeitslast zwei oder mehr Sekretäre vorhanden sind.

Ein Beweis für die rege und außerordentlich segensreiche Tätigkeit der Sekretariate ist die Tatsache, daß sie im Jahre 1910 von 68404 Personen in Anspruch genommen, denen im ganzen 59117 mündliche Auskünfte erteilt und für die 21585 Schriftsätze angefertigt wurden. Es waren nicht bloß Arbeiter, die die Sekretariate in Anspruch nahmen, sondern auch Handwerker, Kaufleute, Beamte und Landwirte befanden sich in großer Zahl unter den Auskunftsuchenden. Ein Beweis für das Vertrauen, welches sich die Sekretariate im Laufe der Zeit auch in anderen Bevölkerungsschichten erworben haben!

Die Auskünfte und Schriftsätze betrafen folgende Gebiete: Arbeiterversicherung 17934 Auskünfte, 3827 Schriftsätze; Steuerfragen 7754 Auskünfte, 4503 Schriftsätze; Dienst- und Arbeitsvertrag 582 Auskünfte, 937 Schriftsätze; Mietsachen 2911 Auskünfte, 372 Schriftsätze; Zivilrechts- und Armenrechtsangelegenheiten 6503 Auskünfte, 1470 Schriftsätze; Erbschafts- und Testamentssachen 2598 Auskünfte, 417 Schriftsätze; Vormundschaftsangelegenheiten 635 Auskünfte, 141 Schriftsätze; Privatversicherung und Haftpflicht 1689 Auskünfte, 424 Schriftsätze; Schulangelegenheit 599 Auskünfte, 253 Schriftsätze; Militärangelegenheit 937 Auskünfte, 385 Schriftsätze; Armenunterstützung, Alimentationsfachen 1454 Auskünfte, 357 Schriftsätze; verwaltungsrechtliche Angelegenheiten 1310 Auskünfte, 413 Schriftsätze; Polizei- und Strafsachen 1582 Auskünfte, 333 Schriftsätze; sonstige Angelegenheiten 5181 Auskünfte, 2973 Schriftsätze.

Man sieht aus dieser Zusammenstellung, daß dem Arbeiter und kleinen Handwerker und Bauer durch das Arbeiterssekretariat die Möglichkeit gegeben ist, auf den verschiedensten Gebieten schnelle, gute und billige, meistens ganz kostenlose Hilfe zu bekommen. Wie viel Sorgen und Geld ist den Leuten dadurch erspart worden. Wogegen sie früher zu einem teuern Rechtsanwalt oder nach teuern und vielfach unfähigen Winkeladvokaten laufen mußten, finden sie bei dem Arbeiterssekretär, der die Dinge durchweg gut versteht und zu dem die Leute Vertrauen haben können, Rat und Beistand. — Die christlichen Gewerkschaften haben an diesen Arbeiterssekretariaten insofern ein großes Interesse, als sie ihnen eine außerordentlich schwierige, kostspielige und zeitraubende Arbeit abgenommen haben: die der Rechtsauskunft.

Aber insofern nicht allein. Die Arbeiterssekretäre sind fast ohne Ausnahme auch gewerkschaftlich tätig in Versammlungen, Konferenzen, Sitzungen, Unterrichtsreisen usw. Im Jahre 1910 belief sich die Zahl der Konferenzen und Versammlungen, die die Arbeiterssekretäre für die christlichen Gewerkschaften hielten, auf mehrere Hundert. In manchen Bezirken haben die katholischen Arbeiterssekretäre den christlichen Gewerkschaften die Wege vorbereitet und frei machen können; in manchen Arbeitervereinen räumten sie die Schwierigkeiten hinweg, die dem Einzuge der christlichen Gewerkschaften entgegenstanden. Diese haben dem ruhigen und entschiedenen Arbeiter und dem Einflusse vieler Arbeiterssekretäre viel zu danken. Darum ist auch unsere Bewegung an der Entwicklung der Arbeiterssekretariate lebhaft interessiert.

Tarifgemeinschaften in England. Vor einigen Wochen ist in England ein Bericht über Tarifgemeinschaften (Collective Agreements) zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Vereinigten Königreich erschienen, der im englischen Arbeitsamt mit Unterstützung des Herrn Dr. F. Schloß vorbereitet und auf Befehl des Königs beiden Häusern des Parlaments überreicht worden ist. Der Bericht umfaßt 542 Seiten. Die dem Arbeitsamte bekannten Tarifgemeinschaften allgemeinen Charakters, von denen der Bericht handelt, umfassen 1696 einzelne Vereinbarungen. Darunter befinden sich 30 Verträge mit gleitender Skala, 563 Stücklohnverträge und 1103 Arbeitsvereinbarungen verschiedenen Charakters. Die Gesamtzahl aller Arbeitnehmer, deren Arbeitsverhältnisse durch diese Vereinbarungen geordnet werden, wird auf 2400000 Personen geschätzt. Die Verteilung dieser Zahl auf die wichtigsten Handels- und Industriezweige ergibt sich aus der folgenden Uebersicht:

	Beiträge	Arbeiter
Kohlenminen und Steinbrüche	56	900000
Transportwesen	92	500000
Textilindustrie	113	460000
Metallindustrie, Schiffs- u. Maschinenbau	163	230000
Baugewerbe	803	200000
Kleiderindustrie	303	50000
Druckereigewerbe	79	40000
Anderer Industrien	87	20000

Zusammen 1696 2400000

Obwohl die Zahl der durch die Tarifverträge betroffenen Arbeiter sehr groß ist, beträgt sie doch weniger als ein Viertel der gesamten Arbeiterzahl im Vereinigten Königreich; aber der Bericht hebt hervor, daß außer den direkt Beteiligten es noch eine große Anzahl anderer Arbeitnehmer gibt, deren Löhne, Arbeitszeiten und sonstige Betriebsbedingungen von den zeitweilig in Kraft stehenden Tarifvereinbarungen abhängig sind, teilweise sogar durch dieselben beherrscht werden. Aus diesem Grunde ist die Gesamtzahl der direkt oder indirekt durch die 1696 Vereinbarungen betroffenen Arbeiter bedeutend größer als die angegebene Zahl von 2400000.

Die Vereinbarungen beziehen sich nicht nur auf die Lohnhöhe, Arbeitszeit, Arbeiterzahl, Arbeitsverteilung und allgemeinen Arbeitsbedingungen für erwachsene und jugendliche Arbeiter, es sind in einer großen Anzahl von Fällen besonders in den wichtigeren Industriezweigen, in den Tarifverträgen auch die Vorbedingungen vorgegeben, um eine friedliche Erledigung der Differenzen zu erzielen, welche aus der Auslegung oder Anwendung der Verträge dieser Art geschlossen werden können.

Für unsere Mitglieder ist von besonderem Interesse die große Zahl der Tarifgemeinschaften in der englischen Textilindustrie. Diese Tatsache führen wir immer wieder an als Beweis dafür, daß trotz der unegaligen, eigenartigen Verhältnisse in der Textilindustrie Tarifgemeinschaften wohl möglich sind; daß es lediglich auf den guten Willen beider Teile, namentlich aber der Arbeitgeber ankommt. An letzterem aber mangelt es noch allenthalben in Deutschland.

Spiel mit dem Feuer. In einer Volksversammlung in Leipzig hat der Obergewerliche Dr. Deutsch in einem überraschenden Vortrag für den politischen Massenstreik Propaganda gemacht. Das Proletariat müsse für alle Fälle, insbesondere für die Ueberwindung der preussischen Reaktion, gerüstet sein. „Und daß in diesen entscheidenden Kämpfen“, so führte er nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 22/1911) aus, „das deutsche Proletariat den letzten Hauch seiner Kraft einsehen, die schärfsten Waffen aus seinem Zeughaus, das heißt den politischen Massenstreik bereit halten muß, darüber ist sich die gesamte Partei einig. (Lebhafte Zustimmung.)“

Der bewaffnete Machtschleuderte Deutsch die Herausforderung in's Gesicht:

„Sie sollten nur schießen! Sie sollen es nur wagen! Der erste Kanonenschuß, gefeuert von deutschen Soldaten gegen friedliche deutsche Staatsbürger, er würde ein Schock im Lande erwecken, daß die herrschende Klique entsetzt von ihren Sesseln aufspringen würde.“

Welche Rolle den sogenannten „freien“ Gewerkschaften bei der großen Aktion zugedacht ist, geht aus dem Vortrag auch deutlich hervor. Deutsch erwähnt den Widerstand der meisten Gewerkschaftsführer, die aus Sorge um die beruflichen Organisationen und deren mühsame Arbeit von dem Generalstreiktrummel nichts wissen wollen.

„Aber diese Sorge ist völlig unbegründet. Starke Organisationen bilden die unerlässliche Voraussetzung eines politischen Massenstreiks, und weit davon entfernt, daß die Idee des Massenstreiks die Organisationsarbeit gefährdet, ist sie geeignet, diese Arbeit in stärkster Weise zu begünstigen und zu fördern. Je mehr man von der eventuellen Unabwendbarkeit eines Massenstreiks überzeugt ist, desto mehr ist man von der Notwendigkeit politischer und gewerkschaftlicher Organisation überzeugt. Eins führt und trägt das andere.“

Ob die „freien“ Gewerkschaften sich zu diesen unverantwortlichen Experimenten mißbrauchen lassen wollen, ist deren Sache. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung lehnt diese Gedankengänge mit aller Entschiedenheit ab. Und ohne oder gegen die christlichen Arbeiter bleibt die Idee des Generalstreiks eine Utopie, die in Deutschland vielleicht noch blamabler enden würde, wie ähnliche mißglückte Versuche in romanischen Ländern.

Aus unserer Industrie.

Baumwolle in Ägypten.

Die ägyptische Baumwollenernte verspricht außerordentlich gut zu werden. Nach amtlichen Schätzungen soll sie die guten Ernten der Vorjahre noch weit überholen. In jüngster Zeit ist man zum Anbau einer neuen Baumwollsorte übergegangen. So wird der „Französer Zeitung“ unterm 7. März aus Kairo gemeldet: „In der Provinz Garbiel wird seit kurzem eine neue Art Baumwolle angepflanzt, die die Bezeichnung „Garairi“ führt. Eine Untersuchung dieser Baumwollart hat recht günstige Resultate ergeben. Sie ist sehr fein und von schöner Farbe.“

Die Exportbestrebungen der russischen Textilindustriellen.

Um die heimische Textilindustrie zu heben, werden in Rußland ernante Zollrückvergütungen für Webstoffe und Maschinen und Chemikalien, die für die Textilindustrie Verwendung finden, in Aussicht gestellt. Eine Konferenz der russischen Textilindustriellen mit dem Handelsminister bezüglich der Zollrückzahlung für Stoffe, die zur Herstellung der nach dem Ausland ausgeführten Webwaren dienen, hat stattgefunden. Die Textilindustriellenvertreter erklärten sich dafür, daß die Zollrückzahlung, welche jetzt bei leichteren Webwaren (die bei 2 Quadratmetern 1 Pfund und weniger wiegen) stattfindet, auch auf die schwereren ausgedehnt werden müsse. Man einigte sich dahin, daß bei den Webwaren, welche auf 2 Quadratmetern 1 Pfund bis 1 Pfund 25 Solotnik wiegen, eine Zollrückzahlung in der Höhe von 7 Rubel 45 Kopelken vom Pfund für die bei der Herstellung der Webwaren verwendeten Maschinen und Chemikalien möglich sei. Für Webwaren dagegen, welche bei 2 Quadratmetern mehr als 1 Pfund 25 Solotnik wiegen, sei eine Zollrückzahlung und zwar für Maschinen und Materialien in der Höhe von 2 Rubel 10 Kopelken vom Pfund möglich. Bei wollenen und halb wollenen Waren wurde eine Zollrückzahlung in der Höhe der Hälfte der Zollrückzahlung für wollenen und baumwollenen Fabrikate geboten. Bezüglich der baumwollenen Fabrikate wurde der Wunsch ausgesprochen, die jetzige Zollrückzahlung für gefärbte und bedruckte Baumwollwaren von 5 Rubel 75 Kopelken auf 6 Rubel 10 Kopelken zu erhöhen. Für Webwaren wurde dieselbe Zollrückzahlung wie für baumwollenen Fabrikate verlangt; dies betrifft jedoch nur wollenen Webwaren, bezüglich baumwollenen Webwaren wurde eine bestimmte Zollrückzahlung nicht gefordert.

Jutespinnerei und Zwirnerei von Jutegarnen.

Sieben werden die vom Reichsamt des Innern für das Jahr 1907 angestellten Erhebungen über die Jutespinnerei und Zwirnerei von Jutegarnen veröffentlicht. Hierbei sei vorweg darauf hingewiesen, daß sich die nachstehend veröffentlichten Zahlen nur auf diejenigen Spinnereien beziehen, welche ausschließlich Jute verarbeitet haben, während diejenigen Betriebe, die neben Jute Flachs und Flachsberg, Ramie, Hanf und Hanfberg oder andere Spinnstoffe versponnen haben, nicht mitberücksichtigt sind.

Nach den von den Berufsgenossenschaften der Reichsregierung eingereichten Listen haben im Jahre 1907 im Deutschen Reiche 31 Spinnereien bestanden, die lediglich Jute verarbeitet haben; alle diese Betriebe haben die Fragebogen beantwortet. Am Ende des Berichtsjahres zählten diese Betriebe zusammen 160506 Spinnspindeln; im Durchschnitt entfallen demnach auf die einzelne Spinnerei rund 5178 Spindeln. Versponnen wurden rund 133,8 Mill. kg gehechelte und ungehechelte Jute. Die Jahreserzeugung für eigene und fremde Rechnung an einträchtigem Jutegarn betrug rund 134,7 Mill. kg, von denen rund 132,9 Mill. kg bis Nr. 8 englisch und rund 1,8 Mill. kg über Nr. 8 englisch waren. Der Gesamtwert der Jahreserzeugung für eigene Rechnung belief sich einschließlich der Wertehöhung, die das gesponnene Garn durch das Zwirnen und die Veredelung erfahren hat, auf rund 78,7 Mill. M. Abgesetzt wurden von dem für eigene Rechnung hergestellten Jutegarn an eigene Betriebe der befragten Spinnereien zur weiteren Verarbeitung und an andere inländische Verbraucher rund 129,9 Mill. kg im Werte von rund 75,9 Mill. M., an inländische Händler oder Exporteure rund 1,2 Mill. kg im Werte von rund 0,6 Mill. M. und an ausländische Abnehmer rund 2,8 Mill. kg im Werte von rund 1,8 Mill. M., insgesamt also rund 133,9 Mill. kg im Werte von 78,3 Mill. M. Angaben über die Jahreserzeugung an verwertbaren Abfällen liegen von 18 Betrieben vor; diese 18 Spinnereien haben rund 2,1 Mill. kg Abfälle im Werte von rund 0,2 Mill. M. gewonnen.

Die Zwirnerei von Jutegarn ist im Jahre 1907 von 27 Firmen betrieben worden, die gleichfalls sämtlich die Fragebogen ausgefüllt haben. Diese 27 Betriebe besaßen 8367 Zwirnspindeln, durchschnittlich also pro Betrieb rund 310 Spindeln, und haben insgesamt rund 7,0 Mill. kg Garne (reine Jutegarne, Jutegarne gemischt mit Hanf oder Hanfberg und Flachs oder Flachsberggarne auch gemischt mit Jute) verzwirnt. Die Gesamtjahreserzeugung an Zwirn für eigene Rechnung betrug rund 7,0 Mill. kg und die Wertehöhung, die das verwendete ungezwirnte Garn durch das Zwirnen erfahren hat, rund 0,3 Mill. M., während sich der Gesamtwert der Jahreserzeugung für eigene Rechnung an Zwirn einschließlich der Wertehöhung, die der hergestellte Zwirn durch Veredelung erfahren hat, auf rund 4,2 Mill. M. belief. Von dem für eigene Rechnung hergestellten Zwirn wurden rund 6,5 Mill. kg im Werte von rund 4,0 Mill. M. an eigene Betriebe der befragten Firmen zur weiteren Verarbeitung und an inländische Verbraucher, rund 0,4 Mill. kg im Werte von rund 0,19 Mill. M. an inländische Händler oder Exporteure und rund 0,1 Mill. kg im Werte von rund 0,03 Mill. M. an ausländische Abnehmer abgesetzt.

Errichtung neuer Textilfabriken in den Vereinigten Staaten von Amerika 1910.

Trotz der widrigen Einflüsse, denen die Textilindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika unterlegen hat, konnte sich im Jahre 1910 die Zahl der vorhandenen Textilfabriken um weitere 274 (einschließlich der am Schlusse des Jahres noch nicht vollendeten Neubauten) vermehren. Die Gesamtziffer bleibt zwar hinter der für das Vorjahr zurück, doch sie ist größer als die für 1908 und 1907; die Neuerrichtungen in den letzten zehn Jahren erreichten folgenden Umfang:

	Baumwollen-	Wollen-	Schwären-	Seiden-	Seid-	Summe
					schleide	
1910	67	31	113	34	29	274
1909	50	47	105	31	20	253
1908	47	23	94	33	25	222
1907	64	25	83	51	39	262
1906	72	56	103	36	34	303
1905	83	38	79	53	42	295
1904	48	45	111	49	37	290
1903	51	65	105	58	25	304
1902	63	46	82	45	21	257
1901	59	53	93	29	21	255

Hiernach reicht die lehtjährige Zahl der neuen Baumwollfabriken nicht an die des vorhergehenden Jahres heran. Sommerhin hat sich allein in Massachusetts die Zahl solcher Fabriken 1910 um 13 vermehrt, in Nord Carolina um 10, in Rhode Island um 9, in Süd Carolina um 6, im Staate New York und in Pennsylvania um je 5 usw. Infolge dieser Neu-Unternehmungen hat sich in New England die Zahl der Spindeln um 468714 (gegen 599000 für 1909) und die der Webstühle um 6117 erhöht, in den Südstaaten um 214028 (527428) bzw. 3752 und in den übrigen Staaten um 72500 (79964) bzw. 359. Die Gesamtzahl der 1910 hinzugekommenen Spindeln (695242) bleibt wesentlich hinter der für 1909 (1206496) zurück. Doch man muß bis auf das Jahr 1902 zurückgehen, um eine größere Ziffer als die lehtjährige anzutreffen.

In Wollen- und Kammgarn-Fabriken sind im lehten Jahre in den New Englandstaaten (Connecticut 5, Massachusetts 6 und Rhode Island 2) 13 erbaut worden, in den Mittelstaaten (New Jersey 1, New York 4 und Pennsylvania 9) 14 und in den westlichen Staaten (Ohio 3 und Washington 1) 4; somit zusammen 31 gegen 47 i. J. 1909.

In Seidenfabriken sind im lehten Jahre allein in New Jersey 14 hinzugekommen, darunter 10 Stoffmehrerien und 2 Spinnereien; in Pennsylvania 15,

darunter 6 Stoffmehrerien, 4 Webmehrerien und 3 Zwirnereien; je eine Seidenfabrik ist in Kalifornien, Connecticut, Massachusetts, New York und Rhode Island erbaut worden. Insgesamt sind es 18 neue Stoff-, 6 Webmehrerien, 4 Zwirnereien und 3 Spinnereien; dazu kommen 6 sonstige neue Fabriken der Seidenindustrie.

Die größte Unternehmungslust hat sich im lehten Jahre hinsichtlich des Baues von Wirtwarenfabriken befundet. Tatsächlich ist noch in keinem früheren Jahre eine so große Zahl neuer Fabrikunternehmungen dieser Art zu melden gewesen, und das ungeachtet dessen, daß für Wirtwaren übermäßiger Wettbewerb die Preise auf einem nahezu verberblichen Tiefstand herabgedrückt und im Laufe des lehten Jahres mehrere Wirtwarenfabriken zur Zahlungs Einstellung genötigt hat. Die Ermutigung für den Neubau solcher Fabriken liefert die Entwicklung der Industrie. Die meisten derartigen Fabriken sind 1910 in Pennsylvania erbaut worden, nämlich nicht weniger als 55. Dann folgen: New York mit 13, Nord Carolina mit 8, Massachusetts mit 5, New Jersey und Wisconsin mit je 4, Michigan Ohio und Virginia mit je 3, Illinois, Indiana, Washington Georgia und Tennessee mit je 2 sowie Connecticut, New Hampshire, Rhode Island, Oklahoma und Louisiana mit je einer neuen Wirtwarenfabrik.

Gegossener Tüll.

Zu den Errungenschaften der lehten Jahre auf dem Gebiete der künstlichen gewerblichen Erzeugnisse gehört auch gegossener Tüll. Man sollte meinen, ein Schleier, ein Vorhang oder ein sonstiges Tüllgewebe ließe sich nur aus Seide oder Baumwolle oder Leinwand oder dergl. weben, während es besonders seit der Erfindung der Kunstseide gelungen ist, immer vollkommener Bereitungsweisen zu finden, bei denen die Webmaschine durch sinnreiche Vorrichtungen ersetzt ist, die das Gewebe aus Zellstoff, Kollobium, Bistloje u. a. gießen oder formen und unter der Einwirkung besonderer Flüssigkeiten zu zarten und doch haltbaren Gebilden gestalten. Gerade die feineren Muster des gegossenen Tülls sind nur bei genauer Prüfung von gewebtem Tüll zu unterscheiden. Ueber die Einzelheiten der verschiedenen Verfahren berichtet eine bezügliche Feder in sehr anregender Weise in Nr. 4 der Zeitschrift „Kunststoffe“ (J. F. Lehmanns Verlag, München; halbjährlich M. 8.—), die sich weiter noch mit Herstellung plastischer Massen und synthetischen Kautschuks beschäftigt und eine Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Industrie der Kunstharze und des Kunstleders gibt.

Aus dem Verbandsgebiete.

An die Ortsgruppenvorstände!

Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß mit dem 1. April wieder eine allgemeine Aufnahme über die Erfolge der Agitation im 1. Vierteljahr 1911 gemacht werden soll. Wir haben dieses Mal davon abgesehen, eigene Karten für diesen Zweck anfertigen zu lassen. Es sollen vielmehr die Berichtskarten über die Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenstatistik) dazu benützt werden. Wir ersuchen aus diesem Grunde die Kollegen allerorts, darauf zu sehen, daß von ihrer Ortsgruppe die Berichtskarte mit den tatsächlichen und genauen Angaben der vorhandenen Mitglieder rechtzeitig an die Zentrale eingesandt wird.

Die Geschäftsstelle.

Arbeitslosenstatistik.

Die Kollegen, denen die Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit am Orte obliegt, werden darauf aufmerksam gemacht, daß das 1. Quartal 1911 mit dem 1. April zu Ende geht. Vier Tage nach Schluß des Quartals muß die Berichtskarte an die Zentrale eingesandt sein. Wir bitten die Kollegen, dies nicht zu veräumen.

Die Geschäftsstelle.

Aus unseren Bezirken.

Eine Konferenz der Ortsgruppenvorstehenden und Agitationskommissionen des Bezirks Aachen

wurde am 5. März in Aachen abgehalten. Es waren 23 Ortsgruppen durch 37 Delegierte vertreten; entschuldigt waren die Ortsgruppen Weiburg und Rott, nicht entschuldigt die Ortsgruppen Hergenrath, Höfen, Imgenbroich und Nöthen.

Der Bezirksleiter, Kollege Weber, eröffnete die Sitzung und besprach zunächst einen Antrag der Ortsgruppen Guskirchen, Wiskirchen, Stoizheim und Gienheim, welcher die Teilung der Bezirkskonferenzen wünscht. Er führte aus, daß die Begründung des Antrages nicht durchschlagend sei. Es sei notwendig, daß die Delegierten des ganzen Bezirks an der Beratung der gemeinsamen Fragen teilnehmen, denn nur dadurch könnten sie am Weiblick gewinnen. Gegenstände, die nicht von allgemeinem Interesse seien, würden nicht verhandelt. Für eine Teilung der Konferenz könne er sich deshalb nicht aussprechen, wohl aber sei es von Vorteil, wenn mit dem Ort der Tagung jedesmal gewechselt würde. Dreuer (Guskirchen) zieht nach diesen Erläuterungen des Vorsitzenden den Antrag zurück. Hierauf wurde beschlossen, die nächste Konferenz in Düren abzuhalten. Des weiteren wurde den Delegierten die Behandlung einiger Anträge, die der Bezirkskommission zur Erledigung überwiesen waren, vorgelegt. Auch hier gab die Konferenz ihr volles Einverständnis mit den Beschlüssen der Kommission.

den Kopf. Alles Neben der Genossen hinderte jedoch nicht, daß ihnen im Schlußwort des Referenten eine gründliche Abfuhr zuteil wurde.

Vertrath. Der Wert von guten öffentlichen Versammlungen liegt sowohl in der Aufklärung und Begeisterung, die sie den Anwesenden vermitteln, als auch in der agitatorischen Nachwirkung, die sie haben. Das können wir wenigstens von der Versammlung annehmen, die am 5. März hier von der Ortsgruppe Wierath abgehalten worden war und wozu zur Freude aller Anwesenden auch der Herr Pfarrer erschienen war. Er griff auch in die Diskussion ein, die sich nach dem begeistert aufgenommenen Vortrage des Kollegen Nowak aus Rheindt entwickelte, welcher die unorganisierten Arbeiter aufforderte, dem Verbands beizutreten. Von dem Kollegen Böhm wurde noch auf die Notwendigkeit der Jugendagitation hingewiesen. Kollege Hitzig konnte die Versammlung mit der sicheren Zuversicht schließen, daß sie für unsere Bewegung gewiß gute Erfolge zeitigen werde.

Soziale Rundschau.

Neues zur Arbeitslosenfürsorge. Die Stadt Mannheim plant eine gründliche Fürsorge für Arbeitslose, abgesehen von den regelmäßig veranlaßten Notstandsarbeiten im Winter. Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, die sich an das Muster von Freiburg anschließt. Unterstützt werden sollen alle gewerblichen Arbeiter beiderlei Geschlechts, die bis zu 150 Mark im Monat verdienen; Voraussetzung ist einjähriger Aufenthalt oder bereits erworbener Unterstüthungswohnsitz. Der Unterstüthungsgehalt ist in eigenartiger Weise mit dem Bestreben nach Förderung des Spartriebs verbunden. Die Arbeiter müssen, um Unterstüthung zu erlangen, ein Arbeitsparbuch auf dem städtischen Arbeitsamt angelegt haben, bevor die Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Dann erhält der Arbeitslose einen Zuschuß von der Stadt bis zu fünfzig Prozent seines Spargehalts und bis zum Höchstbetrage von 60 M. Mehr als 75 Pfennig pro Werktag darf nicht gewährt werden. Wer den städtischen Zuschuß verlangt, ist verpflichtet, pro Tag den doppelten Betrag von seinem Guthaben abzuhängen. Bei Krankheit, Streiks und Aussperrungen wird der Zuschuß nicht gewährt. Er hört auf, wenn dem Arbeitslosen durch das Arbeitsamt Arbeit nachgewiesen wird, die für ihn geeignet ist, ledige müssen auch auswärts Arbeit annehmen.

Die finanziellen Wirkungen sind noch gar nicht abzusehen, da die Gesamtsumme des Zuschusses nicht beschränkt ist. Auf 30 bis 50000 M. wird immerhin zu rechnen sein. Die Gewerkschaften verlangten, daß ihren Mitgliedern der Zuschuß auch ohne Spareinlage gegeben werde; der Stadtrat hat das abgelehnt. Stimmt der Bürgerausschuß der Vorlage zu, so tritt sie am 1. Mai in Kraft.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat auf den Antrag des Stadtverordneten Dr. Arons und Genossen, betreffend Gewährung von Arbeitslosenunterstützung und Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation hierüber zu beraten und die Deputation um drei Mitglieder des Magistrats und sechs Stadtverordnete zu verstärken. Der Magistrat ist diesem Beschlusse beigetreten.

Bekehrer volkswirtschaftlicher Kursus in M.-Gladbach. Für den zehnten volkswirtschaftlichen Kursus, den der Volksverein für das katholische Deutschland in der Zeit vom 6. Juni bis 29. Juli an seiner Zentralstelle in M.-Gladbach veranstaltet, liegt jetzt das genaue Programm vor. Gehalten werden folgende Vorträge:

1. Wirtschaftsgeschichte (6. bis 17. Juni): Grundbegriffe der Volkswirtschaft; Deutschland vor der Städtegründung; Stadt und Staat des Mittelalters; Der absolute Staat und sein Wirtschaftsleben; Die liberale Wirtschaft und Staatslehre; Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im Laufe des 19. Jahrhunderts; Stand der deutschen Volkswirtschaft nach der Berufszählung von 1907; Deutschland in der Weltwirtschaft.

2. Großindustrie und Sozialismus (19. bis 27. Juni): Kapitalismus und industrieller Großbetrieb; Die verschiedenen Formen der Unternehmung, insbesondere die Aktiengesellschaft; Kartelle und Trusts; Die Elemente der Arbeiterfrage; Der utopische Sozialismus und der Kommunismus; Der Marxismus und das Erfurter Programm; Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung; Der Revisionismus; Heutige Organisations- und Agitationsmethode der Sozialdemokratie; Das System der bürgerlichen Sozialreform.

3. Staatshilfe und Selbsthilfe des Arbeiterstandes (28. Juni bis 15. Juli). Die Arbeiterversicherung und ihre Reform; Der gesetzliche Arbeiterschutz; Der Arbeitsvertrag; Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter; Die Sozialversicherungen und die bürgerlichen Gewerkschaften; Die christlichen Gewerkschaften; Arbeiterverbände und Streikversicherung; Lohnkämpfe und Eingangsverwehren; Die Frage der Arbeitslosenversicherung; Die katholischen Arbeitervereine; Die Bildungsbestrebungen im Arbeiterstande; Organisation und Agitation in der christlichen Arbeiterbewegung; Die Frauenarbeit und die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen.

4. Mittelstandsfragen (17. bis 20. Juni): Der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand; Mittelstands- und Industriepolitik; Grundzüge des Agrarwesens und der Agrarpolitik; Die Landarbeiterfrage.

5. Staatsbürgerliche Fragen (21. bis 28. Juli): Der Staat der Gegenwart und seine Verfassungsformen; Deutsche Reichs- und Staatsverfassung; Die deutsche Handelspolitik; Das Steuerwesen in Deutschland; Die Volkswirtschaft und ihre Arbeitsmethode.

Anmeldungen sind möglichst vor Ostern, spätestens bis zum 30. April an das Volksvereinshaus (Direktor Dr. Brauns) zu richten. Ein ausführlicher Prospekt, der u. a. auch die Verteilung der Vorträge auf die einzelnen Tage enthält, wird Interessenten gerne zugesandt.

Versammlungskalender.

- Borghorst.** 26. April, 11 Uhr, bei Franz Dwerteg Agitationskommissionsversammlung.
- 2. April,** bei Franz Dwerteg, Mitgliederversammlung.
- Wramsch.** 25. März, 6 1/2 Uhr, bei Wihl. vor dem Berge.
- Dornbusch.** 2. April, 6 1/2 Uhr (nach der Predigt), bei Gottfr. Schauenberg, Versammlung.
- M.-Gladbach-Sifen.** 2. April, 6 1/2 Uhr, bei Schumacher früher Herr Kanter Sifenhöhe.
- M.-Gladbach-Lürrip.** 26. März, 2 Uhr, bei S. Fliischer, Neuperstraße, Arbeiterinnenversammlung.
- 1. April,** 1/29 Uhr, bei Peter Mäjer, Ecke Kranz- und Kürperstraße.
- Greiz i. Vogtl.** 26. März, 4 Uhr, im Burgkeller, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Greifath.** 2. April, 11 Uhr, bei Wihl. Kempges, außerordentliche Generalversammlung.
- Göppingen.** Jeden dritten Samstag im Monat, gleich nach Feierabend Versammlung in der „Germania“.
- Hardterbroich.** 25. März, 8 Uhr, bei Sub. Paggen, Mühlenstr.
- Harth.** 2. April, 9 1/2 Uhr, bei Gujt. Meyen, General-Versammlung.
- Hehn.** 26. März, 6 1/2 Uhr, bei Wihl. Esser, Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung.
- Jüchen.** 9. April, 1/22 Uhr, bei Adam Kremer, vierteljährige Generalversammlung.
- Lörzsch.** 28. März, 8 Uhr, im „Marktgräber Hof“ (H. Saal), Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung.
- Nordhorn.** 25. März, 8 Uhr, bei Joh. Käfers.
- Nordrup.** 26. März, bei Wiggers, Disfütierkünde.
- 2. April,** Quartalsabrechnung der Vertrauensmänner.
- Odentrichen.** 26. März, 1/211 Uhr, im Deutschen Gd.
- Rheindt.** Die Versammlung findet nicht am 2. April sondern am 26. März statt.
- Schreibahn.** 25. März, 7 Uhr, bei Josef Gerthausen.
- Siedingen (Baden).** 26. März, 3 Uhr, im kath. Vereinshaus, Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung.
- Sierzen (Bez. Grefelberg).** 26. März, 11 Uhr, bei Peter Kreuz.
- Wierath.** 25. März, 5 1/2 Uhr, bei Wwe. Plönes.

Adressenänderung.

Bezirk Bamberg-Juba.

Das Sekretariat des Bezirkes befindet sich nunmehr Bamberg, Obere Sandstr. 331. Fernruf 456. Die Geschäftsstelle für das Lokalsekretariat Bamberg hat dieselbe Adresse.

Mit kollegialem Gruß
Gerh. Müller, Bezirksleiter.
Fritz Wittkeind, Geschäftsführer.

Für unsere Ortsgruppenvorstände!

Die auf der Nachener Generalversammlung beschlossene Vergünstigung, daß bei den früheren Mitgliedern, die dem Verbands wieder beitreten, nach einjähriger Mitgliedsdauer die früher erworbenen Rechte wieder aufleben sollen,

gilt nur noch bis zum 31. März d. J.

Wer also von den früheren Mitgliedern erst nach diesem Datum wieder beitrifft, erwirbt sich ein Anrecht auf die Einrichtungen des Verbandes nur noch durch die Beiträge, die in der neuen Mitgliedsperiode gezahlt werden.

Eine Anrechnung früher gezahlter Mitgliedsbeiträge kann für sie unter keinen Umständen mehr stattfinden.

Wann müssen die Zeitungen bestellt werden?

Die Ortsgruppenvorstände

- seien nochmals darauf hingewiesen, daß
 - 1) die Bestellungen für die „Textilarbeiter-Zeitung“ und die Arbeiterinnenzeitung „Aufwärts“ spätestens **Montags abends**,
 - 2) Bestellungen für die evangelische Arbeiterinnenzeitung „Die deutsche Arbeiterin“ spätestens **Dienstags abends** bei der Geschäftsstelle eingegangen sein müssen, wenn sie noch für die Nummer derselben Woche,
 - 3) dagegen Bestellungen für die jüdische Arbeiterinnenzeitung „Die Arbeiterin“ spätestens **Donnerstags abends** hier eingelaufen sein müssen, wenn sie für die Nummer der folgenden Woche berücksichtigt werden sollen.
- Die Reklamation wegen Bezuges der Arbeiterinnenzeitungen und unseres Organs sind in den weitaus meisten Fällen auf zu späte Bestellungen von den Ortsgruppen zurückzuführen.

Die Geschäftsstelle.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Friedr. Effertz in M.-Gladbach.
- Johann Vossen in M.-Gladbach.
- Heinr. Kaussen in Brand.
- Joseph Weidemann in Bocholt.
- Johann Kavik in Nordhorn.
- Wilhelm Stesses in Kempen.
- Jakob Drink in Rheindt.
- Herm. Kippelt in Metelen.
- Johann Kern in Vaals.
- Wilhelm Schröter in Schiffbek.
- Wilhelm Korsten in Odenkirchen.
- Karl Hermanns in Willich.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Das Preussische Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891, seine wichtigsten Bestimmungen für Arbeiter, Angestellte und Hauseigentümer unter Berücksichtigung der Novellen vom 19. Juni 1906 und 26. Mai 1909. (Arbeiterbibliothek 13. Heft.) 36 Seiten 8°. Preis 30 Pf., postfrei 35 Pf. M.-Gladbach 1910, Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung GmbH. Auch durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Köln, zu beziehen.

Die Steuerbehörden sind schon eifrig mit den Einschätzungen zur Einkommensteuer beschäftigt. Nur noch wenige Tage werden vergehen, bis die Einschätzungen den Steuerzahlern zugehen. Um den Arbeitern, Angestellten und Hauseigentümern zur wirksamen Verteidigung gegen zu hohe Besteuerung geeignetes Material an die Hand geben zu können, hat der Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung in der „Arbeiterbibliothek“ im verflohenen Jahr eine Broschüre über das preussische Einkommensteuergesetz herausgegeben. Dieselbe gibt eine übersichtliche Darstellung des hauptsächlichsten Inhalts des Gesetzes unter besonderer Betonung des für den Arbeiterstand wesentlichen. Speziell ist das Wesen des Lohn Einkommens und der Nebenbezüge klar gestellt und dargelegt, was alles von dem Roh Einkommen abgezogen werden kann, es sei nur hingewiesen auf die Abzüge bei auswärtiger Arbeit, für Kleiderverschleiß, bei Ueberstunden, Mitarbeit der Frau u. dgl. Auch das Einkommen und der zulässige Abzug bei Hausbesitz usw. ist gebührend berücksichtigt.

Um dem Steuerzahler die Anfertigung einwandfreier Einsprüche, Berufungen und sonstiger Eingaben in Steuerfällen zu ermöglichen, ist dem Büchlein eine Formularsammlung beigegeben. Die Anschaffung des Büchleins ist allen Steuerzahlern dringend zu empfehlen. Es dient auch als Helfer bei der mündlichen Verteidigung der Reklamation und bei der eventuell notwendig werdenden Berufung an die Besteuerungskommission.

Ideelle Werte in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Der Zentralvorstand unseres Verbandes hat den Vortrag, den Herr Dr. Carl Sonnenchein auf unserer Nachener Generalversammlung gehalten hat, als Broschüre herausgegeben.

Eine besondere Empfehlung brauchen wir dem Vortrage wohl nicht mit auf den Weg zu geben. Dr. Sonnenchein ist in unserer Bewegung als geistreicher Redner bekannt. Unsere Generalversammlungsbelegierte werden sich noch gerne des Vortrages erinnern, der sie 1 1/2 Stunden in Spannung hielt und der einen so wirkungsvollen Abschluß unserer Nachener Tagung bildete. Sie werden für den Vertrieb der Broschüre gewiß gern tätig sein.

Was wir alle, die in der Bewegung tätig sind, gefühlt, erlebt, durchdacht und oft unklar ausgesprochen haben, das hat Herr Dr. Sonnenchein in seinem Vortrage in geistreicher Weise zu einem Ganzen als die ideellen Werte unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit zusammengefaßt. Der Vortrag bildet eine glänzende Apologie unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Jedes Mitglied, namentlich alle unsere Mitarbeiter, werden sich aus diesem Vortrage in den Stunden des Mühsates und der Verzagttheit neue Anregungen und neue Kräfte schöpfen können, indem sie sich an den darin klar gezeichneten Idealen unserer Bewegung von neuem begeistern.

Wir wünschen der Broschüre weiteste Verbreitung nicht nur unter unsern Mitgliedern, sondern auch in jenen bürgerlichen Kreisen, die bislang unserer Bewegung apathisch gegenüberstanden und sie beurteilten lediglich vom Standpunkte der Streiks und Lohnbewegungen aus. Gerade sie werden aus der Broschüre vieles lernen können, namentlich, daß in der christlichen Gewerkschaftsbewegung gewaltig große Kulturwerte liegen, die auch ihre Anerkennung, Unterstützung und Pflege beanspruchen dürfen.

Bei dem Preise von 5 Pfennigen eignet sich das gefällig brochürierte Schriftchen zum Massenvertrieb. An diejenigen, die nicht der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehören, kann es für 10 Pfennig verkauft werden.

Bestellungen können an die Zentralstelle in Düsseldorf oder an den Buchhandel des Gesamtverbandes in Köln, Eim.-amtstraße, gerichtet werden.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Reichstagsrede des Kollegen Schiffer über die Förderung textilindustrieller Interessen. — Die deutsche Handelspolitik im 19. Jahrhundert. — Aus den Textilberufsgenossenschaftsberichten vom Jahre 1909. — Als „Gebrüder Schwindelmeier“. — Feniketon: Die Börse. — Aus der Arbeiterbewegung: Ortsartikel in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. — Wir Sozialisten mögen, wo wir möglich können. — Gegen konfessionelle Verheugung. — Eine jämmerliche Broschüre. — Es ist schon weit gekommen. — Wie untertänig Arbeiter leben. — Sozialdemokratische Bildungsquellen. — Katholische Arbeitersekretariate. — Tarifgemeinschaften in England. — Spiel mit dem Feuer. — Aus unserer Industrie: Baumwolle in Aegypten. — Die Exportbestrebungen der russischen Textilindustriellen. — Zuteilnahme und Zwirnerei von Jutegegnen. — Errichtung neuer Textilfabriken in den Vereinigten Staaten von Amerika 1910. — Gegossener Stahl. — Aus dem Verkaufsgebiete: An die Ortsgruppenvorstände! — Arbeitslosenpatrollen. — Aus unseren Bezirken: Bezirk Aachen. — Wer ich te aus den Ortsgruppen: Corneliusmüller. — M.-Gladbach. — Hannover-Linden. — Holt. — Lobberich. — Neuwert. — Oberforstbach. — Schmiedeburg. — Wierath. — Sozial-Rundschau: Neues zur Arbeitslosenfürsorge. — Zeitliche volkswirtschaftlicher Kursus in M.-Gladbach. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.